Castor-Gegner hatten auch hier einen Wurfanker über die Oberleitung geworfen.

Nr. 351 9.11.1995

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM

Inhalt:

Ordner:

Demoaufruf 18.11.95 Köln
Nachtrag zu "Qwahlen" Interim Nr. 347
Kritik an K.O.M.I.T.E.E. aus ak 383
weiter zu Fritzlarer Str. Ffm

Verwirrspiel um gefälschtes Schreiben

Unbekannte nutzten Faxgerät der Rathaus-Pressestelle

FRIEDRICHSHAIN

Eine offenbar gefälschte Pressemitteilung sorgt seit gestern für Unruhe im Bezirksamt. Der Clou: Das Schreiben wurde aus der Pressestelle des Rathauses an mehrere Redaktionen gefaxt.

Die von unbekannter Hand verfaßte Pressemitteilung trägt den Briefkopf des Bürgermeisters und seine Unterschrift. Durch Anrufe aus Redaktionen erfuhr Susanne Ahrens, die Leiterin die Pressestelle, gestern von ihrem angeblichen Fax.

In der falschen Pressemitteilung geht es um die Haltung Mendiburus zu den Bewohnern von besetzten Häusern. Er habe seine anfänglichen Vorwürfe gegenüber den Autonomen weitgehend revidiert, sagte der Bürgermeister angeblich. Ein von Mendiburu wirklich stammender Wahlbrief mit anderslautender Aussage sei „gefälscht" worden und in einem „sehr platten, hetzerischen Stil verfaßt, wie er besonders von rechten Parteien üblicherweise benutzt wird", so der Text des falschen Faxes. Zum Hintergrund: Mendiburu hatte im Oktober an die Friedrichshainer Haushalte Wahl-Wurfsendungen verschickt – mit einer harten Haltung gegen Hausbesetzer.

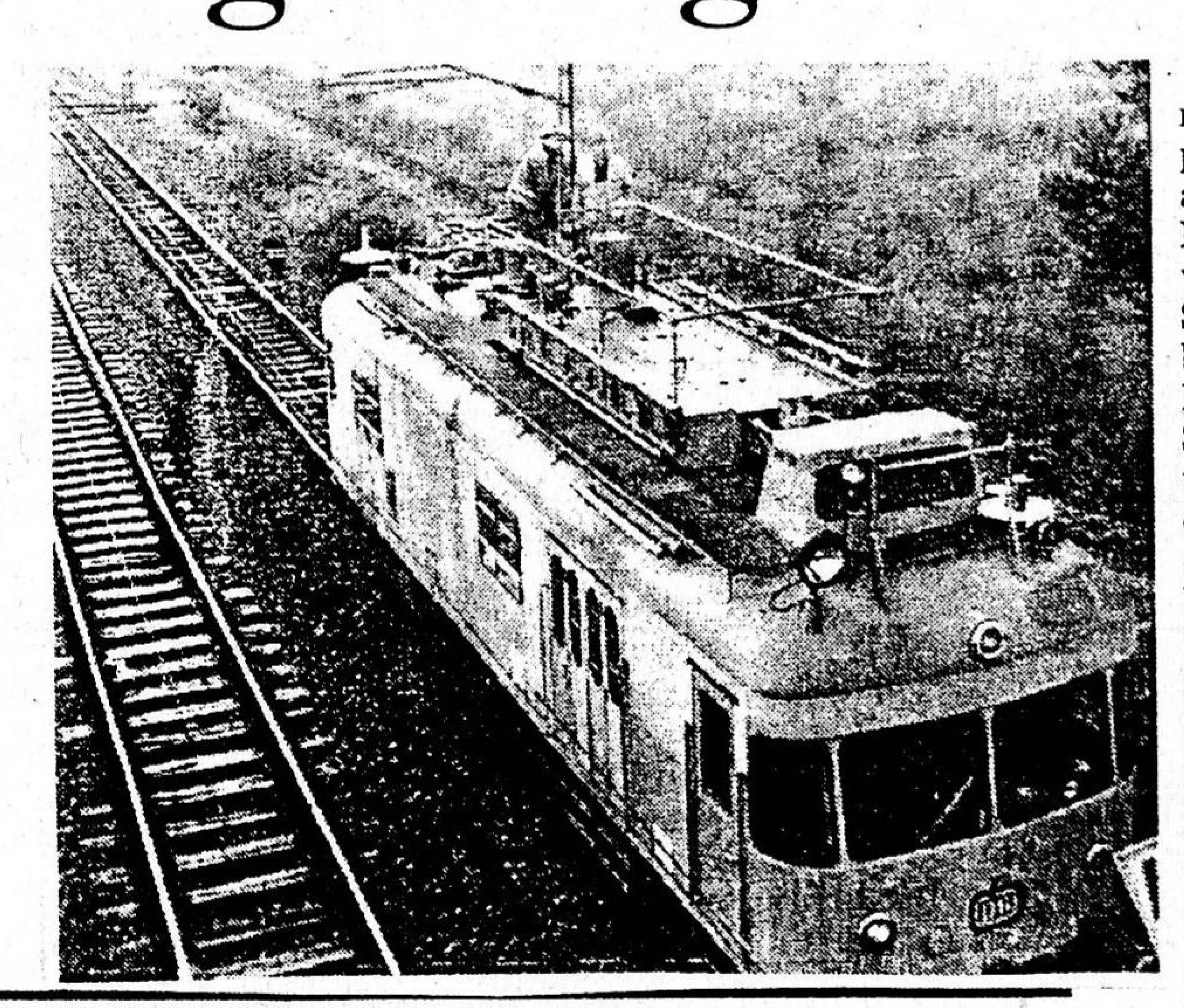
Wer am Mittwoch abend aus dem Büro der Pressestelle gegen 20.15 Uhr das Schreiben gefaxt haben soll, kann sich bisher niemand im Rathaus an der Petersburger Straße erklären. „Die Umstände des Vorfalls werden gegenwärtig untersucht", so Susanne Ahrens.

Sie hat nach eigenen Angaben am Mittwoch gegen 17 Uhr das Bezirksamt verlassen und den einzigen Schlüssel abgegeben. Nach Auskunft der Pförtnerin sei der Schlüssel am Abend nicht mehr geholt worden. Verdächtige Personen wären ihr nicht aufgefallen.

„Das Bezirksamt wird in jedem Fall Strafanzeige gegen die Personen stellen, die sich unbefugt Zugang zu den Räumen der Pressestelle verschafft haben", erklärt Susanne Ahrens. Offenbar sollte vor den Wahlen noch Einfluß auf die Meinung der Bürger genommen werden.

Für mehr Sicherheit soll künftig im Rathaus gesorgt werden: Die Pressestelle hat bereits neue Schlösser erhalten. Auch die Schlüsselvergabe wird neu geregelt. **Uta Grüttner**

Militante Castor-Gegner legen Zugverkehr lahm



Arbeiter der Bundesbahn reparieren die beschädigten Oberleitungen in Bardowick.

nt **Lüneburg.** Militante Gegner der Castor-Atommülltransporte haben erneut Anschläge auf Bahnstrecken verübt. Die Hauptstrecke Hamburg-Hannover wurde gestern früh an drei Stellen bei Bardowick, Radbruch und Hittfeld stundenlang lahmgelegt. Züge kamen zum Stehen, der Berufs- und Reiseverkehr wurde erheblich behindert, Tausende kamen zu spät zur Arbeit. Insgesamt waren 34 Reisezüge auf der Hauptstrecke betroffen. Auch in Schleswig-Holstein wurden zwei Anschläge gemeldet, ein weiterer auf der Strecke Hamburg-Berlin. In allen Fällen wurden die Oberleitungen durch Wurfanker blokkiert. Das Bundesamt für Strahlenschutz teilte unterdessen mit, daß in diesem Jahr keine weiteren Castor-Transporte nach Gorleben geplant seien.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Hausbesetzer müssen räumen

■ Frankfurt (O.) – Zum 15. November müssen die jugendlichen Hausbesetzer das seit mehr als einem Jahr von ihnen bewohnte Kießling-Haus im Zentrum der Oderstadt leerziehen und ausräumen. Das teilte Ina Grahl vom Frankfurter Jugendamt mit.

Die Deutsche Bahn AG, der das unter Denkmalschutz stehende Gebäude gehört, hat endlich einen Investor für das Objekt gefunden. Um die Räumung durchsetzen zu können, sollen den Jugendlichen als Ausweichquartiere jetzt drei Wohnungen angeboten werden.

Doch die Wohnungswirtschaft (Wowi) als Vermieter wollte kein Risiko eingehen. Nach Angaben von Ina Grahl möchte die Wowi direkt mit den Jugendlichen selbst keine Mietverträge abschließen. Dieses Problem sei inzwischen laut Jugendamt jedoch gelöst: Die pewobe GmbH will die Wohnungen anmieten und den derzeitigen Hausbesetzern später untervermieten.

Stinnes-Baumarkt öffnet neue Filiale

TEMPELHOF

Um ein Haar hätte die morgige Eröffnung nicht stattfinden können: Vorige Woche hatten Unbekannte mehrere Molotow-Cocktails auf den neuen Stinnes-Baumarkt an der Teilestraße 3–8 geworfen. Das Feuer richtete einen Schaden von 200 000 Mark an.

Trotzdem können Marktleiter Thorsten Abel und seine 86 Mitarbeiter, unter ihnen 18 Azubis, morgen ab 7 Uhr auf 6200 Quadratmetern Verkaufsfläche nun mehr als 50 000 Artikel für Heimwerker anbieten. Dazu gehört alles zum Renovieren und Ausbauen, aber auch Auto- und Fahrradzubehör und Heimwerkerkurse. Der Neubau hat 14 Millionen Mark

KEINE AUSLIEFERUNG VON BENJAMIN RAMOS VEGA AN DEN SPANISCHEN STAAT - FREIHEIT FÜR BENJAMIN !!

In der Nacht zum 3. November 1995 haben wir unter einen Seat-Toledo des Seat-Vertragshändlers "ACC-Cars" in der Roedernallee 56 im Berliner Stadtbezirk Reinickendorf einen zeitverzögerten Brandsatz hinterlegt.
Das deutsch-spanische Kooperationsprojekt Seat (seit 1986 Bestandteil der Volkswagen-Gruppe) dient uns als legitimes Angriffsziel, um das gegen Benjamin Ramos Vega anhängige Auslieferungsverfahren in militanter Form publik zu machen.
Das Auslieferungsbegehren des spanischen Justizapparates gegen Benjamin, der nach seiner Flucht aus Barcelona nach Berlin am 28.1.1995 verhaftet wurde und seitdem in Isolationshaft in Berlin-Moabit einsitzt, gründet sich auf erpresste und durch Folter erzwungene "Geständnisse" eines ehemaligen führenden Mitgliedes der baskischen Partei Herri Batasuna (HB) und mutmasslichen Angehörigen des ETA-Kommandos in Barcelona. Die Aussagen wurden von diesem vor dem Haftrichter widerrufen und eine Anzeige wegen Folterungen eingereicht. Dennoch wurde ein internationaler Haftbefehl gegen Benjamin wegen "Zusammenarbeit mit einer bewaffneten Bande (ETA)", "Lagerung von Kriegswaffen" und "Sprengstoffbesitz" erlassen.
Für Benjamin, dessen Gesundheitszustand sich während seiner bisherigen Isolationshaft rapide verschlechtert hat, bedeutet die Situation in der Auslieferungshaft 23-stündiger Einschluss, eine Stunde Einzelhofgang, systematischer Ausschluss von Gemeinschaftsveranstaltungen und Kontaktverbot zu anderen Gefangenen. Darüber hinaus kann er aufgrund eines gerichtlichen Verbots weder Briefe in nicht-deutscher Sprache erhalten noch empfangen. Die per Richterbeschluss bei Besuchen (eine halbe Stunde Besuchszeit alle zwei Wochen) anwesende vereidigte DolmetscherIn, die jeweils von den BesucherInnen zu bezahlen ist (pro Besuch 250,-), vervollständigt die juristische Schickanierung.
Der aktuelle Stand des Auslieferungsverfahrens ist der, dass das für dieses Verfahren zuständige Berliner Kammergericht vom spanischen Innen- und Justizministerium eine Erklärung über etwaige Folter in spanischen Knästen verlangt, um abschließend über das spanische Auslieferungsbegehren zu entscheiden (vgl. Tagesspiegel, 31.10.95). Die selbst von 'seriösen' Organisationen wie amnesty international und der Menschrechtskommission der UN dokumentierten Folterungen in spanischen Knästen konnten vom Kammergericht nicht schlicht übergangen und ignoriert werden.

Doch ein Einblick in vergangene schriftliche Ausführungen des in diesem Verfahren vorsitzenden Richters Dr. Werner Nöldeke zeigt, dass der Verfahrensausgang pessimistisch einzuschätzen ist. In der "Neue(n) Zeitschrift für Strafrecht" (NStZ), die u.a. vom früheren Generalbundesanwalt Kurt Rebmann herausgegeben wird, veröffentlichte Nöldeke einen Aufsatz, der sich mit juristischen 'Problemstellungen' bezüglich kollektiver Hungerstreiks "ideologisch fixierter Gefangener" und formalrechtlichen Grundlagen für Anwendungsmöglichkeiten der Zwangsernährung beschäftigt. Der Aufsatz, der wenige Monate nach dem achten kollektiven Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und des antiimperialistischen Widerstands 1981, bei dem Sigurd Debus an den Folgen einer wochenlangen Zwangsernährung starb, verfasst wurde, enthält Diskussions- und Handlungsvorschläge für eine Verhinderung künftiger bzw. Zerschlagung laufender Hungerstreiks politischer Gefangener in der BRD. Neben Nöldekes Forderung einer effektiveren administrativen Kompetenzzuteilung bei durchzuführenden Zwangsernährungen, diskutiert er eine Reihe von Methoden, "um den Widerstand des Gefangenen auf verbalen Protest

zu reduzieren". Zu diesen Methoden zählt nach Nöldeke eben "die Androhung oder die einmalige Durchführung der Tortur der Zwangsernährung". Um die Widerstandsfähigkeit der Hunger-streikenden in einem möglichst frühen Stadium zu brechen und den/die Gefangene(n) zur Nahrungsaufnahme zu zwingen, sieht Nöldeke die Option, "daß man ihm möglichst bald nach dem Beginn des Streiks das Trinkwasser entzieht und statt dessen eine Nährflüssigkeit (Milch, Kraftbrühe mit Zusätzen oder dgl.) anbietet", denn "offenbar lässt sich Durst sehr viel schwerer ertragen als Hunger" (alle Zitate in: NStZ 1981, Heft 8; für ChronistInnen: weitere Aufsätze von Nöldeke zu juristischen Detailthemen sind in der NStZ 1982, Heft 5 und NStZ 1991, Heft 2 zu finden).

Eine knappe übersicht über die spanischen Repressionstrukturen zeigt, dass mit dem übergang zum formalen Verfassungsstaat nach 1976 die frankistischen Sicherheitsapparate sowohl in ihrer personellen Zusammensetzung als auch in ihrer Funktionsweise übernommen wurden. Die seit 1982 regierende "sozialistische" PSOE erweiterte das ererbte Repressionsinstrumentarium um eine eigene counterinsurgency-Politik. Der Aufstandbekämpfungsplan "ZEN" (Plan para la Zona Especial Norte) und die Bildung der durch staatliche Stellen initiierten Todesschwadron "GAL" (Grupos Antiterroristas de Liberacion) um das Jahr 1983 sind Ausdruck davon. Ein Blick in das Gründungsprotokoll der GAL (in: El Pais, 8. Sept. 1995; alle folgenden Zitate sind von uns übersetzt) offenbart die Intention staatlicher Repressionsmechanismen. Im 2. Abschnitt des Protokolls, in dem die Zielsetzungen der GAL aufgeführt sind, heisst es, dass die "Aktivitäten (der GAL, d. übers.) nicht einem gesetzlichen Rahmen unterworfen sein werden". Zudem seien bewaffnete Aktionen, die von angeworbenen Söldnern durchgeführt werden sollen, offentlichtlich am wirksamsten.
Hinsichtlich der Stossrichtung der GAL-Operationen heiss es weiter, dass sie "gegen wenig gesicherte Ziele leicht zu verwirklichen sind, einschliesslich gegen die Familien oder das Eigentum der (der ETA-Mitgliedschaft verdächtigten, d. übers.) Personen diesseits und jenseits der Grenze (gemeint ist der spanische bzw. französische Teil des Baskenlandes, d. übers.)." Die eigentlche Aufgabe der GAL besteht in der "Kombination von physischen Zielen (Mord u.ä., d. übers.) und der politischen Disqualifizierung (der politischen GegnerInnen, d. übers.), um die Unterstützung durch die Bevölkerung an ihrer Wurzel zu fassen". Diese Funktionsdefinition der GAL schliesst ausdrücklich das "Verschwindenlassen durch Entführung" (desaparicion por secuestro) ein und benennt im zweiten Unterpunkt des 2. Abschnitts die Eliminierung der Führungsorgane der revolutionär-en Bewegungen als Maxime, um deren Kontinuität und politisch-militärische Strategie zu brechen und durchkreuzen. Dass diese staatsterroristische Konzeption in der Form der GAL von 1983-1987 (dem Jahr, als die französische Regierung der Auslierferung von baskischen Flüchlingen an den spanischen Staat verstärkt nachkam, und somit die 'bilaterale' Funktion der GAL erfüllt war) umge-setzt wurde, belegen etwa 30 Morde an vermeintlichen und mutmass-lichen ETA-Angehörigen.

Das engmaschige innerspanische Repressionsnetzwerk bestehend aus den paramilitärischen Polizeien der Guardia Civil, die mit eigenen Spezialeinheiten und eigenem Nachrichtendienst ausgestattet ist, und dem Cuerpo Nacional de Policia (CNP), das gleichfalls über Spezialkommandos und einen Nachrichtendienst verfügt, wird infolge der Eu-weiten Kooperation auf dem "Sicherheitssektor" ergänzt und professionalisiert.

Freiheit für Benjamin

Der seit 1957 geltende Auslieferungsschutz für politische Gefangene wurde am 27.1.1977 mit dem inzwischen von den meisten EU-Staaten ratifizierten "Europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus" mehr und mehr ausgehöhlt. Dies geschah mittels der Umdeutung von jeglichen politisch motivierten in "terroristische Straftaten", bei denen die Auslieferung grundsätzlich erleichtert wird.
Als entscheidende Struktur langfristiger europäischer Polizei-Kooperation existiert seit 1976 die TREVI (terrorisme, radicalisme, violence internationale)-Gruppe. Ohne jegliche vertragliche oder gesetzliche Grundlage finden regelmässige Sitzungen der Minister, hoher Beamter und verschiedener Arbeitsgruppen statt. Während die Ministertreffen öffentliche Beachtung finden, verlaufen die den Schwerpunkt bildenden Tagungen der Arbeitsgruppen und die Sitzungen der hohen Beamten im Dunkeln. Das von Beginn an ohne jegliche parlamentarische Kontrolle arbeitende Gremium blieb bis zur öffnung der EU-Binnengrenzen auf polizeilichen bzw. geheimdienstlichen Informationsaustausch hin orientiert. Hinzu kam die Auswertung und Analyse der Daten und die Kooperation bei der Entwicklung neuer technischer Geräte (etwa DNA-Fingerprinting-Verfahren) zwecks Kostenvermeidung.Die 1976 gebildeten AG's TREVI I (Terrorismus) und TREVI II (Polizeiausbildung und -technik) wurden 1985 um eine dritte zur organisierten Kriminalität und zum Drogenhandel erweitert. Mit dem Maastrichter Vertrag von 1992 ist das Trevi-Gremium vom Rat der Innen- und Justizminister abgelöst worden. Aus der informellen TREVI-Zusammenarbeit der nationalen Regierungen ist nun eine formelle EU-Kooperation geworden, die massgeblich von der BRD forciert wird.
GenossInnen, die von nationalstaatlichen und europäisierten Repressionstrukturen verfolgt und gefangengehalten werden sowie Folterungen ausgesetzt sind, gilt unsere unbedingte Solidarität:
Keine Auslieferung von Benjamin !!

antiimperialistischer Zusammenhang "Freiheit für Benjamin"

---

was ist los mit dem besetzten gelände und den häusern ecke Marchstraße/Einsteinufer in charlottenburg, janz weit draussen???

da ist per buschfunk zu hören, das vorderhaus Marchstr. hat jetzt den letzten termin im räumungsprozeß gehabt. es hat ein urteil gegeben, das übliche: räumung.
hausbesetzung ist leben auf zeit, oder?
die leute aus den häusern, dem gelände haben diesmal nicht zu ihrer üblichen kundgebung aufgerufen. was ist los, ist die letzte hausbesetzung im westteil berlins bereits als hausbesetzerInnenmuseum anerkannt, wie ein bekannter grünenpolitiker vor jahren spöttisch forderte?
oder denken die march/einstein-besetzerInnen, die szene glaubt uns sowieso nicht mehr die räumungs-gefahr? da kriegen wir keine/n mehr mit hinterm ofen vor, weil wir es 6 jahre geschafft haben, in den häusern zu bleiben?
wie ist das verhältnis der berliner hausbestzerInnen-, autonomen und wie auch immer linken szene zu dem gelände? zu den menschen, die dort wohnen und dort den bekannterweise oft ätzend komplizierten versuch unternehmen, mit ca. 70 leuten ein stück selbstbestimmtes leben ohne einmischung, von staat-licher oder spekulanten-seite zu leben? geht das der szene mehrheitlich am arsch vorbei?

hausbesetzungsbegeisterte von '81 bis mainzerstraße, traumtänzerInnen, habt ihr eure utopie und miltanz vergessen? wäre interessant, antworten zu hören!

wir wollen eine solidarität, die nicht als erstes von Identifikation oder distanzierung ausgeht!

hausbesetzungsbegeisterte von '95

Selbstverständnis

Die KdZ verstehen sich als anarchistische Gruppe, die versucht, sich kontinuierlich jeglicher Form von Hierarchie und Herrschaft zu widersetzen. Wir wissen, daß wir im kleinen Rahmen agieren, sehen es jedoch als Notwendigkeit an, als militante Gruppe unsere Inhalte öffentlich zu machen, damit sich die radikale Linke mit ihnen auseinandersetzen kann. Für uns ist der Begriff \`Herrschaft\` definiert durch ein Statusverhältnis zwischen \`oben\` und \`unten\`, welches in seiner Dialektik wiederum die \`Oberen\` profitieren läßt, die \`Unteren\` unterdrückt und ausbeutet. Dieses Herrschaftsbild findet seinen alltäglichen Ausdruck z.B. in **Patriarchat** (die Frau als \`Mittel\` der Reproduktion in der Wirtschaft; Homophobie; sexistische Medienbeeinflussung; Diskriminierung und Unterbezahlung von Frauen am Arbeitsplatz; Männer als Kinderschläger und Vergewaltiger; Frauen als Ware: Frauen-\`Import\` aus Trikont-Staaten, Sex-Shops, Prostitution; Faschisten, Kapitalisten, Imperialisten sind Männer), **Ausbeutung der unteren Schichten** (die Staatsgewalt dient nur dem Schutz der Reichen; das Fundament des Reichtums ist der/die LohnarbeiterIn), **Rassismus** (u.a.\`Mißbrauch\` von AusländerInnen als billige Arbeitskräfte für das BRD-Kapital; zeitgleiche Abschaffung des Asylrechts mit den Progromen von Mölln, Solingen, Rostock als Folge der Annexion der DDR an die BRD zu einem neuen Großdeutschland), **Faschismus** (Übergriffe auf Linke, AusländerInnen; Abschiebung von AusländerInnen an faschistische Folterstaaten; faschistische Parteien fungieren als Spielball der Herrschenden; die alten BRD-Eliten, die wichtige Positionen im Hitler-Deutschland innehatten, wurden beim Aufbau dieses \`neuen\` Staates übernommen, woraus sich eine nie gebrochene faschistische Kontinuität ergibt), **Imperialismus/Eurozentrismus** (Ausbau der Festung EU; zunehmende erzwungene Privatisierung von Betrieben in ehemaligen realsozialistischen Staaten durch Weltbank und andere kapitalistische Großkonzerne; militärische Interventionen durch NATO, z.B. Ex-Jugoslawien; Unterstützung faschistischer Regimes durch Waffen- und Geldlieferungen für die Absicherung von wirtschaftlichen und militärstrategischen Interessensgebieten der BRD, z.B. Kurdistan), **staatliche Repression** (Kriminalisierung von AntifaschistInnen, z.B. durch §§ 129/129a; Druck auf ZeugInnen, z.B. durch Beugehaft, s. "radikal"; drohende Abschiebung von AusländerInnen bei Festnahmen auf Demos, usw.; Folter von politischen Gefangenen durch Isolationshaft; Observation von Personen und parlamentarische Diskussion über Lauschangriff).

Wir halten jegliche Formen von Staatenbildung für Zentralgewalten, welche die Basis ihrer Existenz in Hierarchie und Herrschaft finden. Den Herrschenden war es erst durch die o.g. Machtstrukturen ermöglicht, diesen Staat zu errichten und seine Zentralgewalten für die Mehrheit der Bevölkerung zu verdecken. Natürlich haben wir das komplexe Konstrukt dieses Machtapparates hier nicht in seinen Einzelheiten aufgezeigt - das würde aus einem Selbstverständnis ein Buch machen.

Grüße an die Gefangenen aus \`radikal\` und \`K.O.M.M.I.T.E.E\`

Kinder des Zorns



Wir haben in der Nacht zum 29.10.95 eine Filiale der Stadtsparkasse in Stockdorf bei München entglast. Diese Aktion richtet sich gegen das großdeutsche Kapital,das sich zur Zeit wieder massiver formiert und Hand in Hand mit den eurozentrischen Interessen der HERRschenden die Länder der 3.Welt ausbeutet.Parallel dazu wird die Oberschicht immer reicher und mächtiger,die soziale Unterschicht immer ärmer und unterprivilegierter (dies zeigt sich vor allem an der vorherrschenden Diskussion zu Kürzungen der sozialen Ausgaben).Die reaktionären Kräfte dieses Landes(also Staat und Kapital) stellen diesen Zustand als Normalität dar und verschleyern die Tatsache,daß ihr System immer ihren Profit beinhaltet, während es gleichzeitig die Armut anderer produziert. Ihr Reichtum bedeutet national die Ausbeutung der ArbeiterInnen und international die Armut der Völker.



Hinter dem Faschismus

steht das Kapital !!

Kinder des Zorns

In der Nacht auf den 3.11.95 wurde von uns ein BMW 735i im Raum Obermenzing/München in Brand gesetzt. Ein Bonzen-BMW dieser Art ist ein Symbol der Bourgeoisie, deren Repräsentanten ihren Reichtum auf der Armut anderer aufbauen. Ihre Luxusgüter sind stellvertretend für die elende Realität der ArbeiterInnen, die im kapitalistischen Verwertungsprinzip aufgrund ihres \`Gebrauchswerts\` für die HERRschende Klasse wie Menschenware an den Fäden der Konzernchefetagen zur Produktion herumgezerrt werden. Die Rechte der ArbeiterInnen werden zunehmend eingeschränkt, Massenarbeitslosigkeit wird von den Bonzen bei aus ihrer Sicht nicht mehr lukrativen Investitionen (z.B. durch Schließung von Betrieben, Kürzung der Arbeitsplätze durch drohende Konjunktur und zunehmenden Übergang auf maschinelle Mittel) produziert - über die Kürzung von Löhnen und die Erhöhung der Stundenwoche wird diskutiert. In dieser Arbeitsmaschinerie wird bewußt Armut und Obdachlosigkeit des/der ArbeiterIn in Kauf genommen, während der/die Herrschende immer seine/ihre Position beibehält, da für ihn/sie die Schließung eines Betriebes nur einen Wechsel der Chefetage bedeutet.

CLASS WAR

Kinder des Zorns

Die neue dreiteilige Serie

Teil 3

„Zeitung für unkontrollierte Bewegungen" - die „radikal" von 1980 bis '84 eine essayistische Nachbetrachtung - dreizehn Jahre später

Der Wind legt sich

Im Sommer '82 nähert sich die letzte größere „Schlacht" der Bewegung 80/81. Der Besuch Reagans am 11.6. in Berlin und die sich daraus entwickelnde Kesselschlacht auf dem Nollendorfplatz. In der „radikal" wird mit mehreren Beiträgen versucht, das Schicksal des Sich-Verlierens in offenen Konfrontationen abzuwenden. Aber es kam, wie es kommen mußte. Der Bullenkessel am Nollendorfplatz wurde zwar aufgesprengt, aber danach war nichts mehr. Nur 'zig Leute für Schauprozesse im Knast. Politische Niederlagen bestimmen sich anders als militärische Siege. Rückblickend war dies die letzte Schlacht dieses Bewegungszyklus und danach steigert sich einerseits die ideologische Verhärtung (gegen US/NATO-Imperialismus) bzw. andererseits (z.B. bei der „radikal") die Verwandlung unserer positiven Überheblichkeit in Zynismus und Arroganz. Schön läßt sich dies an einem Artikel festmachen, der den Falklandkrieg bei Chips und Bier im TV nur noch wie Schiffe-Versenken in der Schule betrachten kann.

Aber noch befinden wir uns in der Hochphase, in der sich unsere Mischung aus Humor, Witz, Selbstironie und Überheblichkeit voll auslebt. Unter der Überschrift *„Endlich nehmen sie uns ernst"* heißt es auf Seite 3 der Ausgabe 106 (6/82): *„Der Finanzchef frohlockte. Überall erschienen Gratisanzeigen der „radikal", mit denen „Tagesspiegel", „Morgenpost" und sogar die „Abendschau" beweisen wollten, wie sehr sich unsere verehrten LeserInnen von uns zur heftigen Anteilnahme am angekündigten Besuchsspektakel verleiten lassen würden. Der Pressestelle des Innensenators ein herzliches „god bless you" für diese PR-Aktion bei Zielgruppen, die wir sonst publizistisch eher streifen.*

Im Vorfeld des Besuchs hatte somit die Politisierung einiger eher unauffällig uniformierter Büttel einen Grad erreicht, daß sie sich endlich einmal ernsthaft für unsere kleine Zeitung zu interessieren begannen. So ließen es sich die Schützer „unserer" Verfasssung nicht nehmen, die Vertriebsabteilung zu beobachten. Dabei folgten sie ihrer Beute mit mindestens zehn Automobilen - sogar ein unauffälliger Motorradfahrer stieß uns sofort ins Auge - mit gebührendem Abstand. Wo sich auch die Damen und Herren vom Vertrieb in Kneipen niederliessen, immer war dort bald der Nebentisch von aufdringlich, unauffälligen Neugierigen besetzt. Warum so kontaktscheu? Wir sind keine Halbgötter in Schwarz - und durchaus sehr bürgernah. Ernsthaft denken wir daran, unseren Fänclub dermal einst zum Tee zu bitten, falls er uns nicht zuvor kommt, gell."

In diesen Monaten beginnt ein sich eineinhalb Jahre hinziehendes Spielchen von Observationen und diesen Observationen ausweichen, indem wir den Bullen „Pappkameraden" vorspielen, warauf sie allerdings nur bedingt reinfallen (so zu tun, als wäre die Redaktion weiterhin in der Eisenbahnstr.). Zwar schlagen die Bullen mit ihrer großangelegten Durchsuchungsaktion am 1.12.82 - gemessen an ihrem Ziel, die „radikal" mitten im Produktionsprozess zu erwischen - voll daneben (durch irgendeine unbewußte Vorahnung wurde die Produktion um eine Woche verschoben), und doch, all unser Witz kann nicht verhindern, daß wir diesem Kesseltreiben materiell nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen haben. Kurzfristig sind wir schon gut im Ausweichen, aber längerfristig hat ein unbezahlter Haufen gegen diese bezahlten Apparate auf dieser relativ offenen Ebene wenig Chancen.

Und doch haben wir uns lange und gut gehalten. Und der Zerfall der „radikal" wäre

sicher genauso gekommen, vielleicht sogar schneller. Denn das eigentliche Problem sind die Zerfallsprozesse von Bewegungen und das die Zerfallsprodukte immer zwangsläufig erstarren und beginnen, gegeneinander zu agieren. In den Artikeln der Ausgabe 106 ist schon deutlich dieses am Ende angekommen zu sein, zu spüren: auf Seite 10 heißt es in einem mit *das reale no-future* unterschriebenen Artikel: *„und da stehst du nun mit deiner Plastiktüte in der Hand vor dieser Leere, diesem nicht-mehr-weiter-wissen und können. Um dir 'ne Lebenslüge vorzumachen, bist du zu klug? No way out - no exit!"* Wenn du heute drüber nachdenkst, was wir damals eigentlich grundsätzlich hätten anders machen können, fällt dir nicht viel ein. Gemessen an unseren Möglichkeiten und den real vorhandenene Menschen haben wir das Mögliche versucht und getan - „ich bereue nichts".

Etwas rationaler drücken es zwei Münchner GenossInnen in der Ausgabe 107 - im Layout von der „Kleinen Fabel" von Franz Kafka geschmückt - aus: *Die Bewegung ist nicht schwächer als vor einem Jahr, doch erkennt man Kluften zwischen Aktion und Inhalten, zwischen alltäglichem Leben und gezeigter Politik (überhaupt wieder Politik). Der Moment der subjektiven Revolte Einzelner, der Wille zur Freiheit aller, verkrustet unter den politischen Parolen des sogenanten objektiv notwendigen Kampfes gegen den imperialistischen Moloch".*

Gleichzeitig werden das Layout und die Titelbilder der „radikal" immer besser und künstlerischer. Hier werden Erfahrungen gemacht und umgesetzt. Artikel werden öfters von ganzseitigen Bildern unterlegt und selbst das Inhaltsverzeichnis finden wir inmitten von karibischen Sandstränden und Palmen

Die Rückseite von Nummer 108 schmückt ein Poster, daß beispielhaft deutlich die Verschiebung von Worten in den folgenden Jahren zeigt. *„Wer schürt das glimmende Feuer zu rasender Flamme? Zu uns, Schwärmer, Freunde: Mordsspaß wartet auf uns! Arbeit? pah! Feuerflammen ...".* Heute bleibt einem diese hemmungslose Anbetung von Feuerflammen im Hals stecken. Feuer ist eben nicht mehr eindeutig aufständisch besetzt, sondern steht jetzt eher für die brennenden Hochhäuser der VietnamesInnen in Rostock oder die Brandanschläge auf türkische Wohnhäuser.

Im Innenteil dieser Ausgabe wird auf einmal ein Problem zum Thema gemacht, das sonst in der „radikal" keine Rolle gespielt hat und bewußt verdrängt wurde: **Arbeit und Knete**. Daß dies so massiv in die „radikal" kam, lag ehrlicherweise daran, daß die andere Fraktion (und zufällig die, die durch einen göttlichen Zufall jeden Monat die Überweisung vom Bafögamt auf dem Konto vorfanden) im Urlaub war. Die Übrigen waren zwar auch keine ausgemachten Freunde von Arbeitskämpfen, aber um die Problematik der Kohle wußten sie genau. *„Arbeit ist ein gesellschaftlicher Bereich, über den wir eigentlich nur Sprüche machen oder ihn halt verdrängen"* heißt es selbstkritisch in der Einleitung und es dämmert schon einigen, daß unser Jobberverhalten vom Kapital umgedreht und als neue Ausbeutungsform benutzt wird.

Gleichzeitig springt ins Auge, daß die damals formulierten Aussagen im Prinzip heute so zu wiederholen sind, ohne daß es groß auffällt. Die Kapitalseite versucht, die Schraube immer enger zu drehen. Nur befinden wir uns damals einige Gewindegänge weiter vorne - z.B. soll die Anwartschaftzeit auf Arbeitslosengeld von drei Monaten auf sechs erhöht werden, heute ist diese bei einem Jahr. Und die Arbeitslosenhilfe würden sie am liebsten ganz abschaffen. Was damals AEG heißt, könnte heute DASA heißen - damals wie heute finden wir kein richtiges Verhältnis dazu. Ein netter Hinweis findet sich auf Seite 22: *„An alle AEG-Arbeiter. Obwohl ihr uns nicht im Häuserkampf durch einen Generalstreik unterstützt habt, werden wir euch unterstützen, wenn ihr einen Generalstreik macht".* An uns ist es offensichtlich nicht gescheitert.

Richtig süß liest sich das sozialrevolutionäre Programm aus dem Umfeld der Redaktion der Zeitschrift „Autonomie". Als zentrale politische Aufgabe fordern sie die Homogenisierung der neuen Massenarmut. Es ist objektiv richtig und subjektiv falsch, weil es an den konkreten Menschen voll vorbeigeht. Und es stößt dir immer wieder auf, daß die SchreiberInnen dieser Zeilen sich selbst eben einen Dr. med. oder Dr. jur. zugelegt haben, also subjektiv gar nicht von dieser Massenarmut betroffen sind und deshalb auch nie verstehen können, warum „die Klasse" diesen Angriffen von oben so wehrlos gegenübersteht. Sie sehen eben „die Klasse" als Spielball ihrer Politikvorstellungen und sind selbst nicht organischer Teil von ihr.

In dieser Ausgabe erscheinen auch zum ersten Mal die „Herzschläge" - weil der Titel „Notizen aus der Provinz" wohl doch ein wenig zu arrogant klang. Also werden sie umbenannt. *„Herzschläge - 4 Seiten kurze Töne - in rascher Folge. Schrille Frequenzen*

der An- und Rückschläge westdeutschen Widerstands. Sphärenmusik - ebenso unvollständig wie melodisch". Genau in dem Moment, in dem die Anschlagspolitik sich immer mehr von den Bewegungen löst, erreicht ihre mediale Inszenierung einen Höhepunkt. Nach vier Seiten Herzschlägen sieht die LeserIn es an allen Ecken und Enden in der BRD brennen und explodieren. Vom Allgäu bis Nordfriesland tobt Nacht für Nacht der Guerillakampf. Mit den Herzschlägen findest du ein gutes Beispiel, wie durch die Form der Aufbereitung von Nachrichten Realität erzeugt wird. Das dies mit der Zeit immer hohler wird, ist eine andere Frage. Damals war die „radikal" eine der ersten, die dies so deutlich betrieben haben, heute macht dies jedes life-style-magazin.

Die 109 (10/82) sieht ein wenig blaßer aus. Sie wurde anderorts produziert, da es den bereitstehenden Bullen auszuweichen galt. Spöttisch wird in der Hausmitteilung der 110 (11/82) bemerkt: *„Seit geraumer Zeit erwarten wir eigentlich einen Besuch „der Herren des Morgengrauens" in unseren gut abgesicherten Verliessen. Doch auf die Einladung, uns bei der Arbeit behilflich zu sein bekamen wir nur vage Antworten - auch Gerüchte genannnt. Daß ihr Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit doch noch nicht ganz verschwunden ist, bewiesen sie jedenfalls wieder bei der letzten Produktion, wo sie unauffällig um uns herumschlawänzelten und ihre Nächte in einem Wohnmobil absaßen. Doch selbst der aus den Redaktionsräumen dringende Kaffeeduft konnte ihre Schüchternheit nicht bezwingen endlich auszusteigen, tief einzuatmen und mit einem freundlichen Lächeln auf dem Gesicht unseren Empfang in Würde entgegenzunehmen.*

Jedenfalls mußten wir nach zwei Tagen traurig feststellen, daß sie ihren Versuch aufgegeben hatten und einfach von dannen fuhren und uns mit unseren vielen Überraschungen alleine ließen."

Einen Monat später war es dann soweit. Eine großangelegte Razzia nach den *„unbekannten Verfassern, Herstellern und Vertreibern"* der „radikal" fand statt. Gefunden wurde fast nichts Relevantes, da - wie bereits erwähnt - mit dem Glück der Seligen die Produktion der Dezember-Ausgabe um eine Woche verschoben worden war. Noch haben wir gute Laune beim bösen Spiel und noch immer genügend schöne Sprüche auf den Lippen. Unter dem Tiel „Spatzen oder Elephanten" in der Nummer 111 (12/82) heißt es: *„Also, wenn wir ehrlich sind - und geliebtes Publikum, waren wir das nicht immer? - dann müssen wir zugeben, daß der derzeit jüngste Aktionstag des Berliner Staatschutzes gegen die logistischen Strukturen der „radikal" ein harter Schlag war. Nicht unbedingt ein Schlag in das Gesicht der werktätigen Massen, aber doch ein eindeutiger Schlag mitten ins kühle Naß.*

Es entspricht sicherlich den Tatsachen, wenn wir behaupten, daß wir diesem Ereignis schon lange entgegenfiebern, ja, wir haben es förmlich schon plätschern gehört; doch es wäre zuviel der Ehre, wenn gesagt wird, daß wir die Wassernäpfchen just in dem Moment unter die erhobene Hand des Staates geschoben hätten, als dieser zuzuschlagen gedachte. Alle anders lautenden Gerüchte in der Szene wollen wir an dieser Stelle energisch dementieren - profilaktisch sozusagen. Allein die Dummheit führte die Hand so treffsicher ins feuchte Ziel.

(...)

*so long - see you at the baricads**

radicale

**für die Staatsanwaltschaft hier die deutsche Übersetzung: Frohes Fest ..."*

Heute befällt einen der vage Gedanke, daß da vielleicht ein kleiner Spatz von einer großen Elephantenherde zertrampelt wurde. Etwas ernster heißt es in einem zweiten Artikel auf der selben Seite: *„No future - no mercy"*.

„Wir meinen, daß diese Aktion der Anfang, die Initialzündung für eine härtere Gangart des Justiz- und Bullenapperats gegenüber der Szene ist. Ziel ist es, die Szene in für sie überschaubare und kontrollierbare Strömungen zu kanalisieren. Die „radikal" als ein Schnittpunkt verschiedener Strömungen stellt daher für sie ein bevorzugtes Objekt dar, um exemplarisch gegen die Szene vorzugehen:

- *gegen die organisierte Militanz (z.B. RZ) als deren „Sprachrohr und Propagandaorgan" der Staatsschutz die „radikal" ansieht.*
- *gegen die diffuse Militanz der Berliner Szene - Kleingruppenaktionen, Straßenschlachten, Spaßguerilla, etc. - von der die „radikal" ein offener und damit greifbarer Ausdruck ist.*
- *gegen die Infrastruktur der Szene (Druckereien, Setzereien, Buchläden), die für die ganze Breite der Szene offen und benutzbar sind; sie alle sollen eingeschüchtert und letztendlich zu einer Distanzierung gezwungen werden.*

Die Berliner Szene - und die „radikal" als ein Teil von ihr - ist ein unentwirrbares Konglomerat aus alltäglicher Militanz, RZ,

Alternativen, linksrepublikanischen Reformisten und verschiedenste subkulturelle Strömungen, die auch immer wieder in der „radikal" zu Wort kommen. Der Staat hat in der letzten Zeit darauf gehofft, daß in der Szene ein Differenzierungsprozess durch sanften Druck von allein in Gang kommt, dies hat aber bis heute nicht geklappt (z.B. ist es ihm nicht gelungen, die AL nach dem 11.6. zu einer Distanzierung von den Militanten zu bringen, noch die Militanz aus dem alltäglichen Leben und Widerstand herauszulösen und in den Untergrund zu drängen".

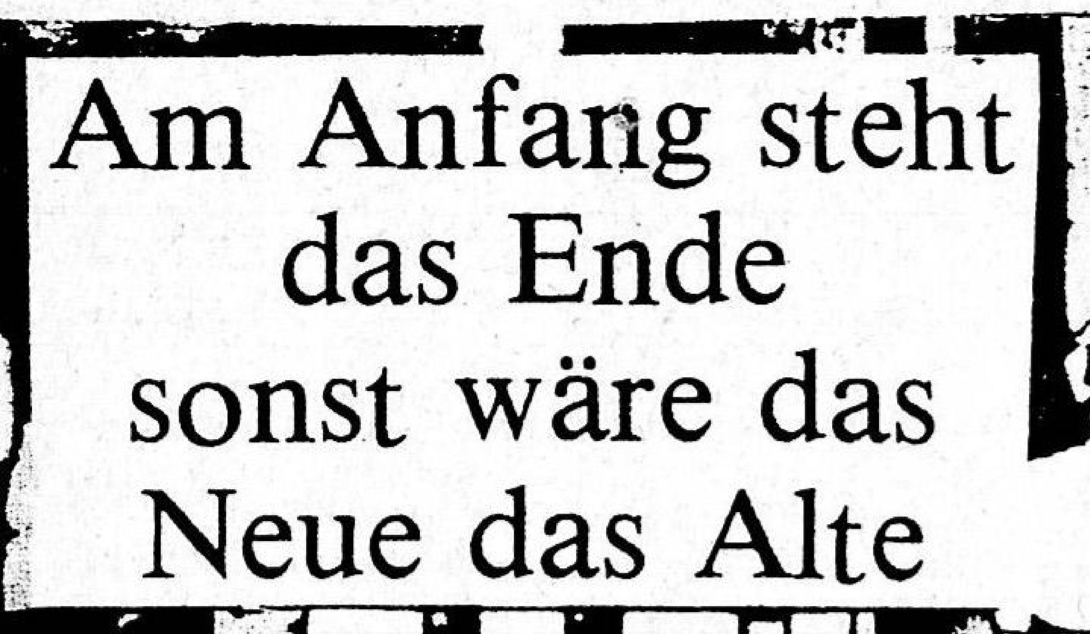
Genau das, gegen das wir uns da so heftig wehrten, war letztendlich den Herrschenden gelungen. Die „radikal" war über die Jahre zum „Fachblatt für Kleingruppenmilitanz" verkommen und damit genau in jene gesellschaftliche Isolierung gebracht worden, wo sie für die Herrschenden berechenbar war. Andererseits waren es damals die letzten Aufbäumer der AL, sich vom 11.6. **nicht** zu distanzieren. Heute sind sie Lichtjahre entfernt von jeglicher gesellschaftlicher Querulanz und widerständischem Denken.

Aber erstmal erscheint die Zeitung monatlich weiter, als wäre nichts passiert. Solidaritätsadressen erreichen uns aus aller Welt und bald hat die Zeitung über 1.000 MitherausgeberInnen. Nur nützen tut das alles nichts.

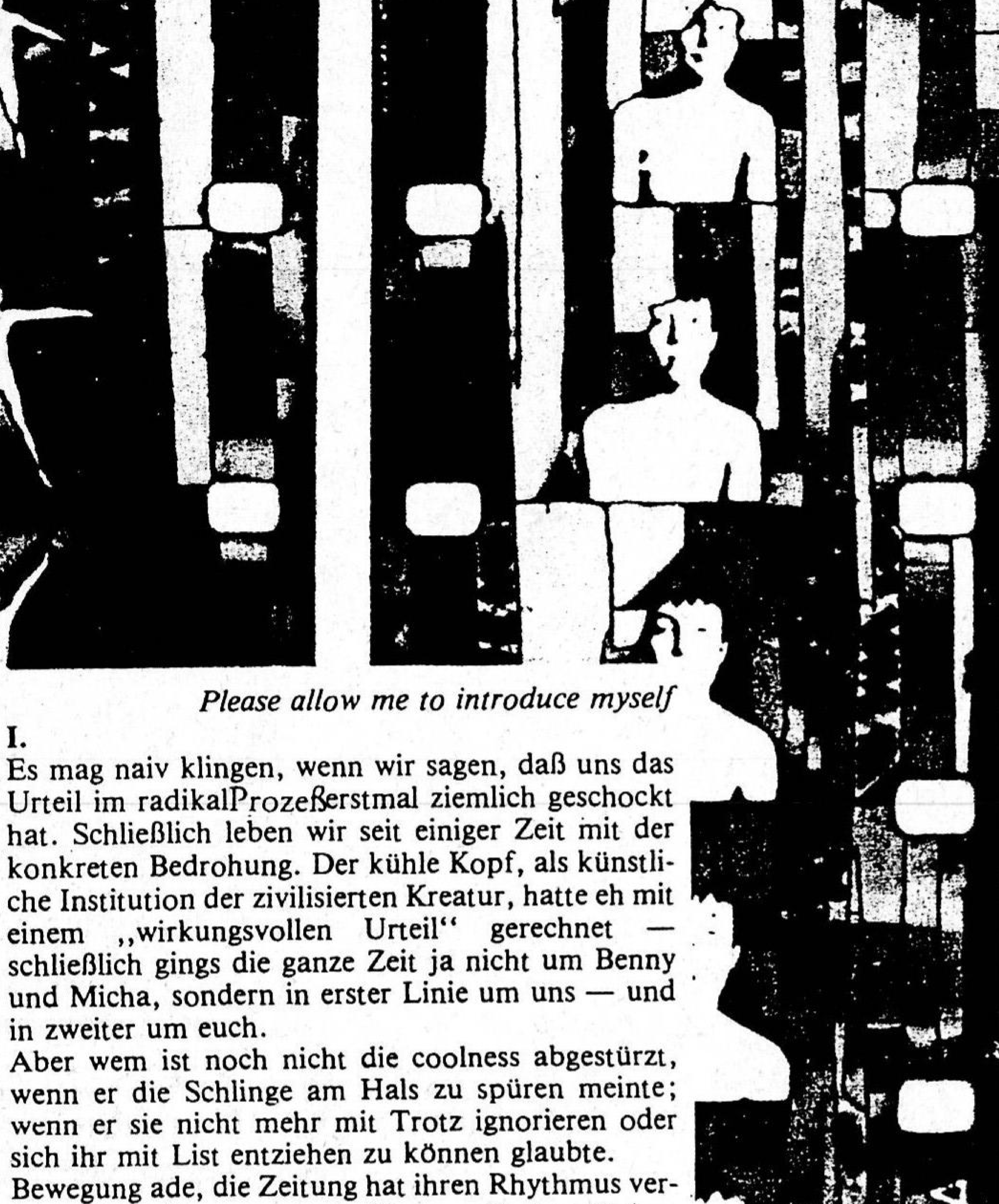
Noch einmal kommt es zu einer großen Debatte in der Zeitung: nämlich warum es nach Meinung von Teilen der „radikal"-Redaktion politisch nicht richtig ist, sich in „*abgehobenen*" konspirativen Kleingruppen a la RZ zu organisieren, sondern es eher darum gehe, seine militanten Erfahrungen in neue Bewegungen (damals z.B. der Volkszählungsboykott) einfließen zu lassen - „*Gratwanderungen und Gletscherspalten*" heißt der dazu erschienene sechsseitige Artikel. Der Artikel endet mit der Aufforderung an die RZ, doch wieder in die (nichtvorhandene!) Bewegung zurückzukehren. Natürlich sind es auch für die AutorInnen existenzielle Fragen, wie sie als Zerfallsprodukte der Bewegung weitermachen sollen. Nur ist das keinem so bewußt und wird auch nicht in den Artikel eingebracht. Es wird viel über die RZ geredet und wenig über sich selbst. Gleichzeitig wird die Diskussion damals von den RZ nicht aufgegriffen. Erst als ein paar Nummern später das selbe, deutlich gehässiger aufbereitet (ja, ja, da mußten sich ein paar an ihren Übervätern nochmal heftig abarbeiten), nochmal gefordert wird, reagiert zumindest eine RZ. Heute könnte mensch es so beschreiben: die AutorInnen der „radikal" ahnen etwas, das sie aber nur sehr schlecht ausdrücken können und sind unfähig, dies auf eine politische Ebene zu heben. Und die RZ verteidigen sich natürlich zu Recht und z.T. mit viel Witz („*eine RZ - mit der Option auf ein zukünftiges Ministerium zur Abschaffung von Lust und Leidenschaft")*, sind aber ebenfalls unfähig, umgekehrt die subjektive Ebene an sich ranzulassen. Und genau das, was die „radikal"-AutorInnen damals ahnten, holt die RZ 90/91 ein und führt zu ihrer defacto Auflösung. Zum Beispiel der Text „Das Ende unserer Politik" einer RZ mit Schwerpunkt in NRW vom Januar '92 gesteht ihr Scheitern genau an den Punkten ein, die (schlecht formuliert) ihnen damals vorgehalten wurden. Daß nämlich eine an objektiven politischen Vorhaben orientierte Politik voll neben den subjektiv ablaufenden Sozialprozessen liegen **kann**. Und: wenn eine im Prinzip politisch gemeinte Organisierung das Militärische zum Wesenskern ihres Zusammenhangs macht, scheitert dies meistens. Das ist eine der Grunderfahrungen, die auch die mittelamerikanischen Guerillas im Laufe der 80er Jahre machen mußten. Einen Ausweg daraus - und diese Erfahrung verarbeitend - versucht die EZLN in Chiapas/Mexiko, indem sie sich als „Armee" klar einer zwar ebenfalls kladestinen, aber politisch-zivilen Führung unterstellt.

Der Sommer '83 ist die Zeit der Aufarbeitungen. Es erscheint ein längerer Text der RZ zur Startbahn-West-Bewegung und einer von HäuserkämpferInnen zum Berliner Häuserkampf. Der Zerfall der Bewegung hat „*schon einige Löcher in unsere Segel gerissen*" und nach und nach springen die Leute ab. Jedem und Jeder einzelnen fehlt ab einem nur subjektiv zu bestimmenden Punkt die Kraft und die Ideen, weiterzumachen; aber wir sind unfähig, als **wir** daraus Konsequenzen zu ziehen, d.h. kollektiv auf die Situation zu antworten. Nur stellen **wir** im Herbst fest, daß im Laufe des letzten halben Jahres fast alle die Löffel bei der „radikal" abgegeben haben, uns die Kondition ausgegangen ist. Die Verhaftung von Micha und Benny verlangsamen eher diese Prozesse, da sie uns durch Druck von außen notgedrungen neu zusammenschweißen.

Heute liest du die ganzen Ausgaben von Sommer und Herbst'83 relativ emotionslos. Du siehst nur den objektiv ablaufenden Prozess vor dir und weist auch jetzt nicht, wie er zu stoppen gewesen wäre. Das letzte Intro

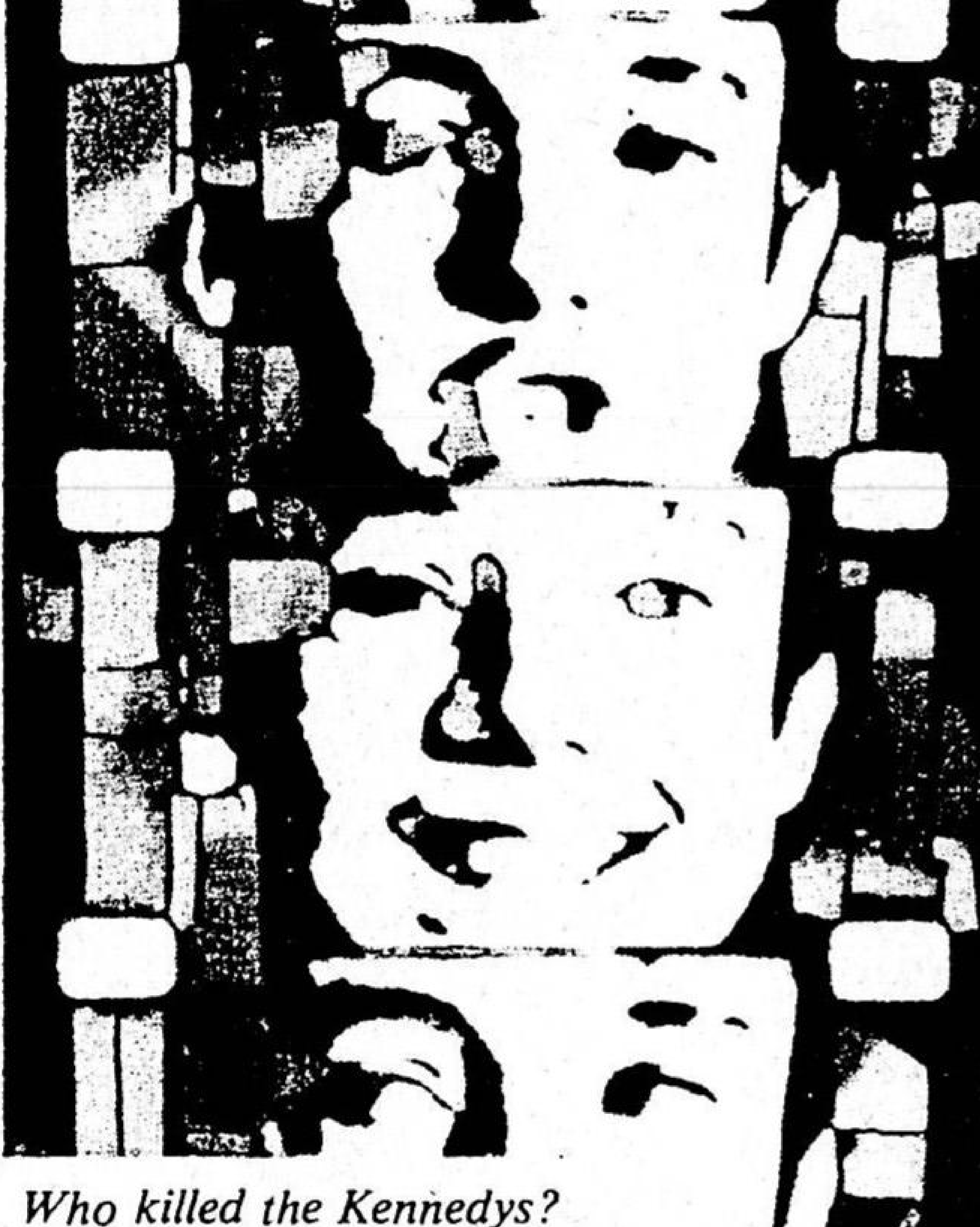


Dokument 3
Das „letzte Intro" aus der Ausgabe Nr. 126/127 von März/April '84



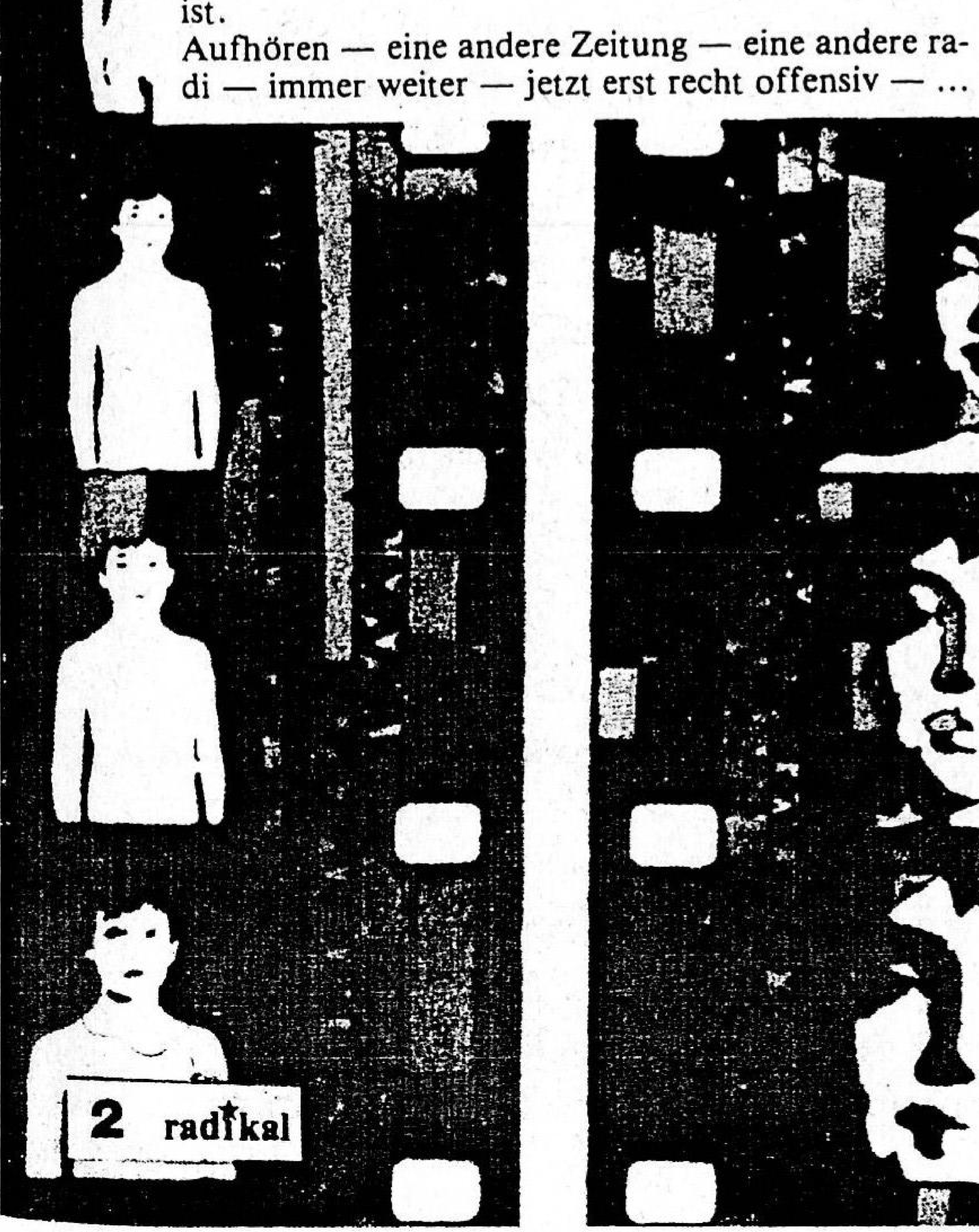
Please allow me to introduce myself

I.
Es mag naiv klingen, wenn wir sagen, daß uns das Urteil im radikalProzeßerstmal ziemlich geschockt hat. Schließlich leben wir seit einiger Zeit mit der konkreten Bedrohung. Der kühle Kopf, als künstliche Institution der zivilisierten Kreatur, hatte eh mit einem ,,wirkungsvollen Urteil" gerechnet — schließlich gings die ganze Zeit ja nicht um Benny und Micha, sondern in erster Linie um uns — und in zweiter um euch.
Aber wem ist noch nicht die coolness abgestürzt, wenn er die Schlinge am Hals zu spüren meinte; wenn er sie nicht mehr mit Trotz ignorieren oder sich ihr mit List entziehen zu können glaubte.
Bewegung ade, die Zeitung hat ihren Rhythmus verloren. Die Frequenzen oszilieren zwischen Polen, die längst angefangen haben nach einer Entscheidung zu verlangen, zwischen: Öffnung und Konspirativität; Lust am Zeitungmachen und Sicherheitsdisziplin; Aufhören, weil das Ding in keinem Verhältnis mehr zur greifbaren Gefahr steht und Weitermachen, weils unerträglich wäre, dem Druck der Repression nachzugeben; zwischen radikale-Politik-und-Kultur-Vorantreiben mit dem, was man kann: Zeitungmachen, und der Resignation darüber, daß fruchtbare Auseinandersetzung heute nicht einmal innerhalb des Redaktions-Kollektivs mehr möglich ist.
Aufhören — eine andere Zeitung — eine andere radi — immer weiter — jetzt erst recht offensiv — ...

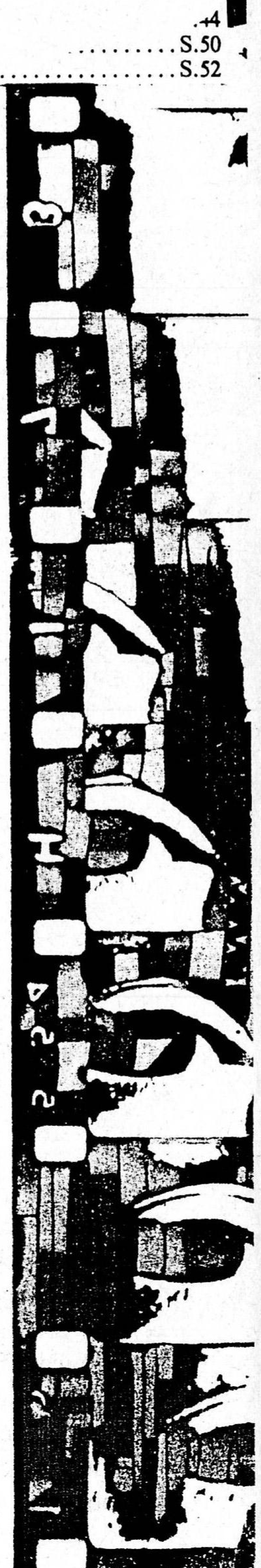



Who killed the Kennedys?
After all it was you and me!

II.
Das Verhältnis von Zeitung zu Bewegung: Wenn sich eine politisch-kulturelle Kollektivität in gemeinsamer Praxis ausdrückt, wird auch Zeitungmachen in diesem Sog beschleunigt. Die letzte Nummer ist kaum aus der Presse gelaufen, schon liegen neue Ideen und Artikel auf dem Tisch, die sich quasi von selbst aufdrängen. Heute kann das, was man schreibt, nicht mehr notwendig Ausdruck der eigenen Lebensform sein. Das Kollektiv fehlt, das das eigene Leben über seine Privatheit hinaus für andere interessant machte. Politik und Existenz laufen auseinander und bleiben höchstens im Kader krampfhaft aneinandergekettet.
In Zeiten, die charakterisiert sind durch den Bruch, das Auseinanderlaufen von Ideen, Handlungsansätzen, biographischen Entwürfen, bis hin zu dem Punkt, an dem sie sich nicht mal mehr reiben können, muß eine ehemalige Bewegungszeitung vielleicht ein anderes Verhältnis zur theoretischen Analyse gesellschaftlicher Tendenzen gewinnen. D. h., nicht die Wahrheit über den Imperialismus nochmal aufzeigen oder das revolutionäre Subjekt auszumachen versuchen, sondern sich fragen, ob es noch so weitergedacht werden kann. Das heißt, Wege, die man ausprobiert hat, nicht nochmal gehen. Das heißt auch nicht, in den Elfenbeinturm der Erkenntnis klettern, um sich einzubilden, er würde vom imaginären Elephanten Masse getragen. Und das heißt nicht, der theoretischen Resignation gegenüber der Praxis verfallen. Es hieße, das Feld der Politik neu vermessen: Arbeitgeber sind Beschäftigungstherapeuten. Die Macht sitzt im Computer.
Und es würde auch heißen, sich Impulsen aus der ,,Kultur-Avantgarde" zu öffnen, nicht als neue Wahrheit, sondern als Experimentieren, um die Tragfähigkeit neuer Wege auszuprobieren. Das heißt möglicherweise auch die Abtrennung vom kurzschlüssig Politischen in Kauf zu nehmen.









I've been arround for so many long years,
stole many men's soul and faith

III.
Das Verhältnis von Medien und Wirklichkeit: Die Zeitung ist keine Bombe, auch wenn sie es mal gewesen ist — metaphorisch, versteht sich. Medien sind ein Ort, nicht nur der Meinungen, sondern der Realitätskonstitution. Das gilt für die Springerpresse wie für die radi. So ist z. B. die Rubrik Herzis keine objektive Berichterstattung, sondern sie erzeugt als Ausschnitt, als wertende Selektion ein Bild der BRD, das anturnen soll. In bestimmten Zeiten bleibt es bei der **Medien**-Realität, in anderen gibt es eine Realität, die sich auch auf der Straße konstituiert. Es gibt einen vermassenden Effekt durch die Imagination der Bewegung, des Zusammenhangs. Aber es gibt auch den Effekt, daß die Sache, um die es geht, nur noch durch Medien erzeugt werden kann: Was dem vereinzelten Leser bleibt, ist die Rezeption. Und macht er selber was, muß er wiederum die Anschlagserklärung an die Zeitung schicken, damit es für andere eine Realität erhält. Das Ende wäre eine Zeitung, die nur noch über eine Wirklichkeit schreibt, die sie als Medium selbst schafft.

V.
Das Verhältnis der radi zu sich selbst: Seit Juli 83 tauchten in der radi in loser Folge Artikel **über** die radi auf. Damals bekannten wir, „daß, je mehr wir uns auf uns selbst reduzieren, unsere Inhalte blutleerer, unsere Diskussionen belangloser werden". In Intros, literarischen Ergüssen und Diskussionsaufforderungen wurde die Misere benannt, die sich auf den folgenden Seiten in der Magerkeit der Einschätzungen, Höhenflüge und neuen Impulse wiederfand. Soll niemand sagen, wir wären nicht ehrlich gewesen, wie die Dinge stehen.
Aber das pathetische „Wir sind alle radikal" wurde schon kurz hinter dem Ausfüllen des Herausgeber-Formulars ernüchtert. Ein wenig Jubelpost, einige Briefe, mit dem Tenor, den deutschen Wald fürderhin von der radi zu verschonen... Natürlich könnte man spekulieren, daß die radi ähnlich der taz, durch ihre perfekto-dilletantische Art, ihren Mythos oder was auch immer bereits zur Kommunikationsverhinderung beiträgt.

I'm pleased to meet you,
I hope you guess my name!

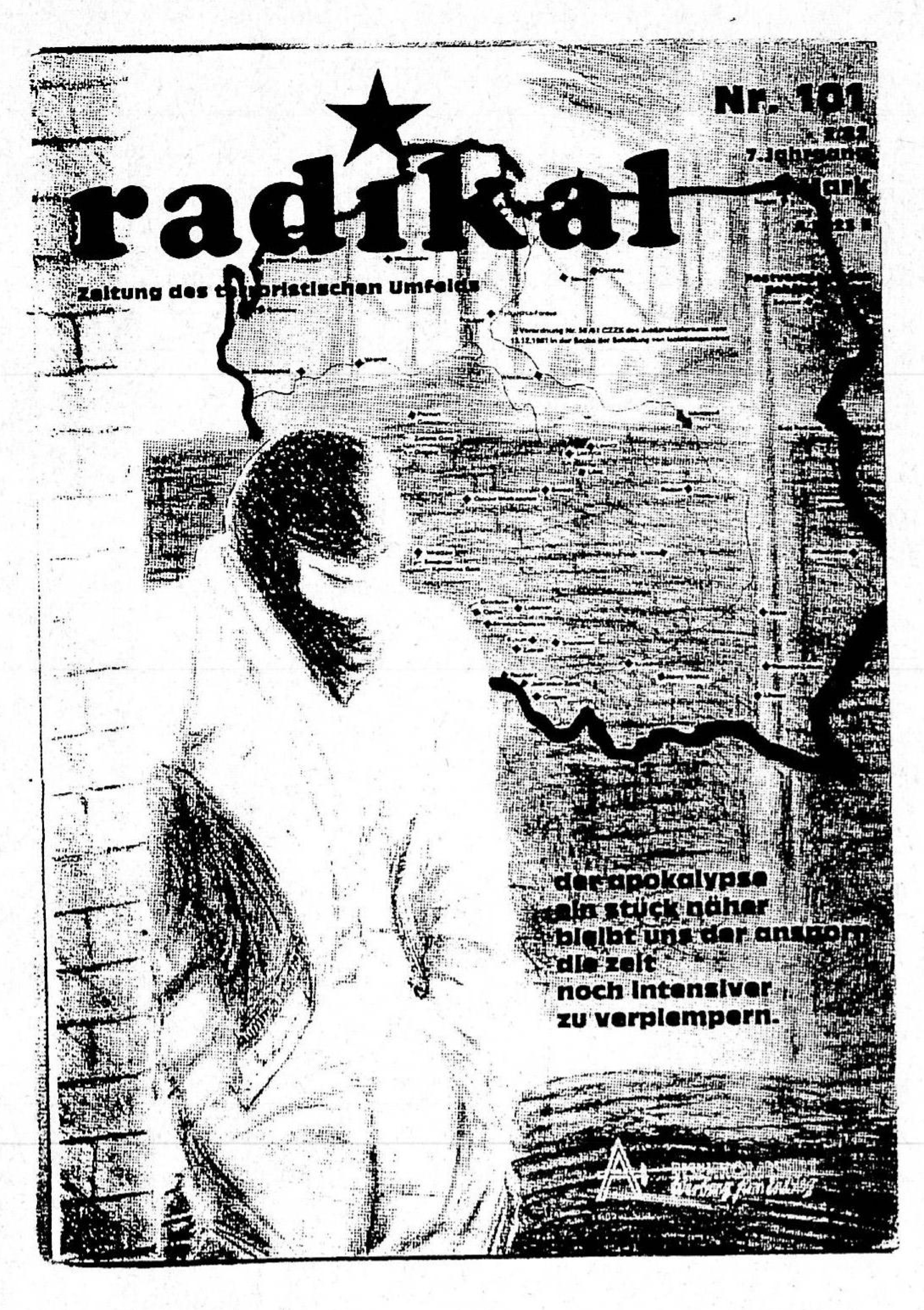
IV.
Das Verhältnis von Radikalität und Repression ist ein komplexes. Fangen wir der Übersicht halber beim Staatsanwalt an. Przytarski sitzt in seiner verstaubten „P"-Abteilung und darf nichts anderes als 129a-Sachen machen. Er bekommt, sagen wir, 50 Ermittlungsakten im Jahr auf den Tisch, wovon er 48 fristgerecht gegen Unbekannt einstellt (Anschläge, Sprühen, usf.) damit die Versicherung dem Zielobjekt die Kohle auszahlt. Nur zwei kommen zur Anklage: radi und Ende März das Kommando Bakunin. Aus Ehrgeiz oder Langeweile muß es also Przytarskis Bestreben sein, den Anwendungsbereich des 129a auszuweiten. Im radi-Verfahren auf periphäre Tätigkeiten, wie Kontoführung und Transportdienste für die eigentlichen Unterstützer. Bei den Bakunins wird es darum gehen, zwei Personen, die per definitionem keine (terroristische) Vereinigung sein können, die versuchte Gründung einer solchen anzuhängen. Klar ist, daß es um die Bekämpfung der Scene, der Subkultur, des Widerstands schlechthin geht.
Wie stellt sich nun das Kräftefeld dar, in dem die Solidarität sich, in dem wir uns bewegen?
Da wäre zunächst das liberale Umfeld: die Journaille, die die Gefährdung von Pressefreiheit sieht, und am liebsten alle Welt auf die Unterwerfung unter das Gesetz einschwören würde. Die Richter und Anwälte, die von Terrorurteilen reden, als obs gerechte gäbe; die Schriftsteller, die das Vorgehen gegen Unschuldige beklagen, als obs Schuldige gäbe.
Dann die Alternativen: Die taz, die, wenns ungefährlich ist, die inkriminierten Artikel nachdruckt, für die aber nur entscheidend ist, **daß**, nicht **was** sie berichtet. Nett Zwerg, der Kohle für ein Faltblatt ablehnt, weil der Abdruck von Anschlagserklärungen Benny Schaden könnte. Die AL, die auf ihre Weise unterstützt - und damit ihre Weise unterstützt.
Und letztlich die Scene, d.h. auch wir selbst: Das Gefühl, jetzt müßte doch was passieren, treibt 130 Leute auf eine VV. Die Vorschläge spiegeln unsere Rat- und Fantasielosigkeit — Demo, Blockade, Faltblatt — die sich in die Vorbereitungsgruppen hinein als Unlustgefühl und Desorientierung fortsetzen. Wir müssen halt mit dem Radikalsten, was wir haben, den RZ, hausieren gehen, schnurzegal, wieviel Sprengkraft in dem konkreten Papier tatsächlich enthalten ist. Die Pflichtpolitik törnt nichtmal mehr die an, die sie machen.
Wie gern würden wir uns wenigstens Pahlhoffs gebrochenen Schädel als Medaille ans Revers heften. Aber wenn wir ehrlich sind, hat den das Schicksal ganz ohne uns hingekriegt. Nun, wenigstens auf magische Verkettungen ist noch Verlaß.

VI. **Ausklang**
Mythen sind der Katalysator, der aus dem Imaginären, dem Wunsch, die Wirklichkeit entstehen lassen kann. Sie sind die treibende Kraft einer jeden Bewegung. Mythen können aber auch zu Ketten werden, zu moralischen Normen, mit denen man sich an das Bewährte, an das Gewesene bindet, und so das Neue verhindert.
Gegen diese Ketten ist die radikal die letzten Jahre angerannt und hat wohl auch so manche zertrennt. Oft hat es uns genauso weh getan, aber genau da gehts lang.
Heute sind wir selber als Mythos erstarrt, haben oft versucht, das Vergangene in die Gegenwart zu projezieren, wohl wissend, daß wir nur mit der künstlichen Spritze aus Trotz und Stolz am Leben erhalten werden. Noch zeichnen die Oszillographen einen schwachen Herzimpuls, doch der Staatsanwalt soll uns nicht daran hindern, den Stecker selber rauszuziehen, wenn uns danach ist.

What's puzzling you?
It's just the nature of my game.

Eure Zeitung für
Zerstörung und Wiedergeburt

Noch nie war sie so wertvoll wie heute — denn zumindest für eine Weile gehen die Lichter aus. Aber hieß es nicht einmal: uns gehört die Nacht?



vom März/April '84 schon im Sommer '83 ? Aber das wäre die offene Kapitulation gewesen!
Viele Sprüche im Blatt klingen angesichts der realen Repression schon deutlich hohler. Du kannst über ähnliche Sprüche in der Nummer 117 nicht so lachen wie über die in der 107. Selbst heute spürst du beim Lesen diese Greifbarkeit des Repressionsdrucks noch deutlich. Überraschenderweise hat in diesem Sommer in der „radikal" die „Studi-Fraktion" die größte Kondition (die, die gerne Baudrillard interviewen) und schaffen im Winter 83/84 zielsicher den Übergang von arroganter Überheblichkeit zu unerträglichem Zynismus. In der Ausgabe 122 (11/83), als die Bullen uns zuvor einen Teil der Auflage für den Handverkauf einkassiert haben (und wieder Einer für drei Jahre ins Ausland verschwinden mußte) und somit jegliche Legalität zerstört wird, erscheinen dann, zu spät, viel zu spät, und auch nur verblümt (z.B. durften Beschreibungen des Innenlebens nur als Piratenstory verkleidet veröffentlicht werden) einige Artikel, die versuchen, den realen Ist-Zustand zu reflektieren. Der ewige Streit: gibst du nach außen die internen Auseinandersetzungen zu, oder versuchst du alles zu kaschieren, bis es unübersehbar ist? *„The show (must!) go on"*, wie es im Intro der Nummer 122 heißt. Jetzt wird zwar immer noch nicht Tacheles geredet, aber es gibt wieder eine Übereinstimmung von Text und emotional empfundener Situation. Und so klar war damals auch Vieles noch nicht. Diese Klarheit hast du auch erst heute mit 13 Jahren Abstand.

„Wenn der Gegner alle Asse auf der Hand hat, kannst du nur noch den Tisch umwerfen" - doch was heißt das? Mühsam schleppt sich die Zeitung noch über den Winter, ein neuer Aufbruch will nicht gelingen. Und doch ermöglicht diese Kraft, die die Zeitung weiterschleppt, und sie zu diesem Zeitpunkt eben nicht aufgibt, daß eine Lösung gefunden wird und die Zeitung (wie gelungen auch immer) bis heute weiter erscheint.
Im März '84 erscheint dann die letzte Ausgabe dieses Zyklus der „radikal". *„Am Anfang steht das Ende, sonst wäre das Neue das Alte"* ist das Intro überschrieben, das noch einmal von vielen gemeinsam verfaßt wird.
Dieses letzte Intro ist noch einmal richtig gelungen, zeigt das ganze Dilemma und die subjektiv so empfundene Auswegslosigkeit der Situation auf. Und nicht wenige - einschließlich dir - waren zu diesem Zeitpunkt im Kopf mehr mit irgendwelchen Reiseplänen beschäftigt, die sie um die Welt führen sollten, als daß ihnen zur „radikal" noch etwas Wegweisendes einfiel.
Im Sommer '84 wird die Zeitung an eine neue Gruppe übergeben. Sie gibt die „radikal" verdeckt heraus und im Herbst '84 erscheint deren erste Ausgabe *„Ätsch, das habt ihr euch so gedacht ..."* in der kontinuierlichen Nummerierung die 128. Aber das ist eine neue, und ganz andere Geschichte ..... .

September '95
j.m. und Billy the kid

„Unser kleines Heer von Verrückten der Hoffnung grüßt die, die mit uns den Wahnsinn teilen, die das „ich" in die Ecke stellen und die Fahne des „Wir" hochhalten".
Subcomandante Marcos (EZLN), im Oktober '94

Redaktion RADIKALE ZEITEN ° c/o Informationsdienst Schleswig Holstein
Bahnhofstr. 44 ° 24534 Neumünster

Ende Oktober erschien die Null-Nr. der bundesweiten Zeitung 'RADIKALE ZEITEN'.

Die Zeitung ist entstanden aus der bundesweiten Soligruppenstruktur, die sich nach dem Schlag der Bundesanwaltschaft (BAW) vom 13.6.95 gebildet hat. Die Idee einer bundesweiten Zeitung entstand, weil auf dem Treffen der Soligruppen festgestellt wurde, daß es ein erhebliches Informationsdefizit und -gefälle gibt und davon auszugehen ist, daß die BAW in dem angestrebten Prozeß jedes noch so abwegig erscheinende Konstrukt heranziehen wird, um zu einer Verurteilung zu gelangen.

Es ist notwendig, auf die Kriminalisierung politisch zu antworten, damit der Prozeß nicht nur auf juristische Konstruktionen beschränkt werden kann. Hierzu soll die Zeitung ein Beitrag sein. Über sie soll versucht werden eine gemeinsame Strategie gegen die Verfahren zu entwickeln. En weiteres Ziel der Zeitung wird auch sein, die kriminalisierten Inhalte öffentlich zu machen und breit zur Diskussion zu stellen. Der politische Hintergrund der Verfahren soll sichtbar gemacht werden. Es soll eine Mobilisierung erreicht werden, die den Handlungsspielraum der staatlichen Verfolgungsbehörden eingrenzt. Das heißt:

Freilassung der Gefangenen und Einstellung aller Verfahren!

Die Zeitung erscheint monatlich und kostet:

Einzelexemplar		a´ DM 0,50	Porto DM 1,50
bis	30 Exemplare	a´ DM 0,40	Porto DM 3,--
bis	100 Exemplare	a´ DM 0,30	Porto DM 7,--
ab	100 Exemplare	a´ DM 0,20	Porto DM 10,–

Ausgehend von dieser Preisstaffelung wird die Zeitung mit Sicherheit nicht ihre Kosten decken..... Darum - und natürlich damit sie in möglichst viele Regionen breit verteilt werden kann - sind wir auf "GroßabnehmerInnen" angewiesen. Ihr könnt eine bestimmte Anzahl von Exemplaren bei der Redakton bestellen, entweder pro Nummer oder jeden Monat, und das Geld dann auf das unten aufgeführte Konto überweisen.
Darüberhinaus sind wir dringend auf Spenden für die Zeitung angewiesenn. Wir haben uns vorgenommen, die Zeitung auf keinen Fall aus den allgemeinen Spenden, die für die Prozeßkosten und die Unterstützung der Gefangenen im Knast bestimmt sind, zu finanzieren.
Am einfachsten wäre es, wenn Gruppen und Zusammenhänge eine "Patenschaft" für die Zeitung übernehmen würden. Vorstellbar wäre, daß von Euch ein fester Betrag von monatlich z.B. DM 50,-- zugesagt würde, für den Ihr dann jeden Monat ein Kontingent von 150 Zeitungen erhaltet, das Ihr in Eurer Stadt verteilen könnt. Über solch ein Prinzip könnte die Zeitung auf sichere finanzielle Grundlagen gestellt werden und die Menschen aus der Redaktion könnten sich dann ausschließlich um den Inhalt der Zeitung kümmern und nicht auch noch um die ständigen Geldprobleme die ohne gesicherte finanzielle Grundlagen monatlich auftreten werden.



Inhalt:

- Bundesweite Durchsuchungen - Die Ereignisse vom 13.6.1995
- Einschätzung
- "Hier bleiert die Tür...." - Brief von Ralf M., einer der Gefangenen im 'radikal' Verfahren
- Interview mit Len Weinglass - Rechtsanwalt von Mumia Abu Jamal
- Hungerstreik-Erklärung der Gefangenen im 'radikal' Verfahren
- Ankündigungen
- Termine

Die Zeitung kann bezogen werden über folgende Adresse:

Redaktion 'RADIKALE ZEITEN'
c/o Informationsdienst Schleswig-Holstein
Bahnhofstraße 44
24534 Neumünster
Tel.: 04321/46542
FAX : 04321/43459
E-Mail : ID-SCHLESWIGHOLSTEIN@BIONIC.ZERBERUS.DE

VerteilerInnenpreise:

Einzelexemplar	a´ DM 0,50	Porto DM 1,50
bis 30 Exemplare	a´ DM 0,40	Porto DM 3,--
bis100 Exemplare	a´ DM 0,30	Porto DM 7,--
ab 100 Exemplare	a´ DM 0,20	Porto DM 10,--

Bitte überweist im vorraus auf folgendes Konto oder bar / Verrechnungsscheck der Bestellung beilegen:
Stichwort: Zeitung

Bankverbindung:

M. Kellermann ° Stichwort - Zeitung ° Bank für Gemeinwirtschaft ° KontoNr. 24 21 78 99 00 ° BLZ 212 101 11

Einige "böse" Fragen an die Schwule Antifa

Eure kurze Stellungnahme in der Interim Nr. 349 wirft für mich einige Fragen auf und provoziert mich zu einigen Anmerkungen:

- Ihr schreibt: "Das ist ein schwulenfeindlicher Angriff." . Wie kommt ihr zu der Schlußfolgerung? Aus den Worten "Scheiß Kinderficker"? Das kann doch nicht euer Ernst sein. Da wendet sich eine Aktion offensichtlich gegen sexuelle Gewalt gegen Kinder und ihr setzt das mit Schwulenfeindlichkeit gleich? Es hat lange genug gedauert, bis endlich in ein paar mehr Köpfen war, daß sexueller Mißbrauch eben nicht von den "bösen Schwulen in einer dunklen Ecke" durchgezogen wird, sondern in den allermeisten Fällen von Heteromännern aus dem näheren Umfeld und in einigen Situationen auch von Schwulen.(Täterinnen vernachlässige ich mal in diesem Zusammenhang.) Wenn ihr euch, bloß weil XY sich selbst als Schwulen bezeichnet, mit solch einem Satz schützend vor ihn stellt, dann erweist ihr allen Schwulen (mit Ausnahme von päderastischen) einen Bärendienst und leistet Homophobie eher Vorschub, als daß ihr sie bekämpft.

- Ihr schreibt "In der letzten Woche wurde die Person XY vor dem Tempodrom von drei MaskiertInnen mit den Worten "Scheiß Kinderficker" geschlagen und getreten." Ist euch eigentlich aufgefallen, daß ihr Aussagen, die XY belasten, mit erheblichen Zweifeln begegnet, während ihr hier XYs Aussage, für die es auch keine Belege gibt, unhinterfragt ernst nehmt ? Ich will damit den Überfall nicht anzweifeln, aber mir ist wie gesagt, eure unterschiedliche Rangehensweise aufgestoßen.

- Ihr fordert weiter alle DiskutantInnen auf , sich dazu zu verhalten. Wollt ihr damit in den Chor derjenigen einstimmen, die im Moment allen KritikerInnen von XY zu Schreibtischtätern erklären und für den Überfall verantwortlich machen? Das ist ungefähr das gleiche, wie alle Antifas für Kaindl verantwortlich zu machen.

- Warum habt ihr eigentlich nicht Position bezogen gegen die Androhung von Prügel für KritikerInnen? Weil es "in der Hitze der Auseinandersetzung" geschah und "nicht belegt ist"? Ihr schreibt , daß ihr den Überfall auf XY für eine bewußte Eskalation haltet, aber verhaltet ihr euch erst bei einer Eskalation gegen XY?

- Da Teile von euch XY kennen, gehe ich davon aus, daß ihr seine Selbsteinschätzung kennt, "daß es sein kann, daß irgendwann mal ein Junge, mit dem er vor geraumer Zeit sexuelle Kontakte hatte, ihn des sexuellen Mißbrauchs bezichtigt. Heute wäre er erfahrener, er könnte Jugendliche besser einschätzen und sowas würde nicht mehr passieren" (sinngemäßes Zitat). Das ist die klassische Pädophilenargumentation, derzufolge höchstens bei unerfahrenen Pädophilen mal was "schieflaufen" könnte. Wie steht ihr zu sowas? Ist das der "reflektiertere Umgang mit Beziehungen" den ihr fordert, oder habt ihr das übersehen beim "schauen, wie er solche Beziehungen lebt" - genauso übersehen, wie ihr die Jugendlichen überseht, die sich von XY belästigt fühlten?

- Ich nehme die Äußerungen von XY über den Überfall erstmal ernst. (Und denen, die sie anzweifeln sage ich, daß ich mich erst dann, wenn klar wäre, daß er gelogen hat, damit auseinandersetzen würde.) Ich weiß aber nicht, aus welcher Motivation heraus die Aktion gelaufen ist. waren es von XY mißbrauchte Jugendliche? - Hatten die Leute, die die Aktion durchgezogen haben Informationen, über die ich nicht verfüge, weswegen die Aktion gerechtfertigt sein könnte? - Oder war das eine reichlich undurchdachte Aktion nach dem Motto: Eins aufs Maul und rausschmeißen? Ich stimme demzufolge mit eurer Aufforderung überein, daß die Leute, die die Aktion gemacht haben, was dazu schreiben sollten. Bloß warum ihr den Begriff "TäterInnen" keinmal im Bezug auf Päderasten benutzt habt (die Möglichkeit, daß Päderasten "Täter" sind , streitet ihr ja nicht ab), er euch hier aber sofort aus dem Griffel fließt, stimmt mich stutzig.

Für den Fall, daß die letzte meiner Spekulationen über die Aktion stimmt, hätte ich aus zwei Gründen Kritik daran:

- Sie liefert einigen VerteidigerInnen von XY einen billigen Grund, die von ihnen nie gewollte Auseinandersetzung abzubrechen und auf "TäterInnen"-Jagd zu gehen,
- Sie ist Ausdruck einer Ausgrenzungsmentalität, die übrigens bei der Gegenseite genauso vorhanden ist. Jemand, in diesem Fall XY, wird als Schwein identifiziert und dann ausgegrenzt. Eine Auseinandersetzung findet so nicht statt. (Der Unterschied zu Teilen der Gegenseite ist lediglich der, daß die immer noch unwiderlegbare Beweise fordern: Wenn da was dran ist, fliegt der raus.) Das *Böse* wird in *den Anderen* ausgemacht, das *wir* als *gut* begriffen, und wenn Leute dem nicht entsprechen, wird das negiert oder sie werden ausgegrenzt, um bloß keine Widersprüche zu dem einfachen Weltbild zuzulassen. Diese Kritik an der Aktion basiert, wie gesagt, auf einer Spekulation meinerseits. Ich äußere sie aber trotzdem, weil ich weiß, daß es auf beiden Seiten Holzköpfe gibt, für die die Welt eine Scheibe ist.

Meines Erachtens sind wir immer noch in einer Phase der Diskussion, auch wenn sie nur von verdammt wenigen geführt wird. Eine Aktion gegen XY wäre für mich dann sinnvoll, wenn wir uns gemeinsam darüber klar geworden sind, daß über Auseinandersetzungen mit XY nichts zu verändern ist. Dann wäre es richtig, XY öffentlich zu machen und zu versuchen, ihn aus unseren Zusammenhängen auszuschließen - nicht als Strafe oder sowas, sondern als Schutz. Und da XY zwar einmalig aber im Prinzip kein Einzelfall ist, darf auch dann die grundsätzliche Auseinandersetzung nicht beendet sein.

Ich definiere den Begriff Pädophilie ähnlich wie ihr von der schwulen Antifa: Als Neigung Erwachsener, ihre sexuellen Bedürfnisse mit Kindern/Jugendlichen zu befriedigen. Das Geschlecht der Kinder spielt dabei keine Rolle. Päderastie ist die sexuelle Vorliebe für Kinder/Jugendliche des gleichen Geschlechts. Päderastie ist demzufolge eine Sonderform von Pädophilie. (In der pädophilenfreundlichen Literatur wird da übrigens auch nicht groß unterschieden, z.B. Rüdiger Lautmann 1994 in seiner Untersuchung: "Die Lust am Kind".) Wie ihr es schafft, Pädophilie abzulehnen, Päderastie aber nicht prinzipiell, ist mir gelinde gesagt ein Rätsel. Es sei denn ihr seid der Ansicht, Homosexualität als solches sei so ein wertvolles Gut, daß alles andere relativiert werde. In dieser Logik wäre sexueller Mißbrauch von Männern an Jungen oder Vergewaltigung von Männern durch Männer z.B. aber nicht nur im Knast vielleicht unangenehm, aber nicht weiter schlimm. Und das wollt ihr ja wohl nicht sagen. (Ich schreibe dies aber hier, weil ich mir in der Auseinandersetzung um XY auch schon anhören durfte, in schwulen Beziehungen wäre das Patriarchat aufgehoben.)
Pädophilie ist eine Ausdrucksform sexualisierter Gewalt, einer Verknüpfung von Macht und Lust. In anderen Formen kommt sexualisierte Gewalt in wohl den allermeisten Beziehungen vor, in denen Männer beteiligt sind, bei Hetero und auch bei Homobeziehungen. Sexueller Mißbrauch und Vergewaltigung sind da ein trauriger Höhepunkt, aber für die meisten Männer nichts prinzipiell wesensfremdes. Die notwendige Auseinandersetzung mit dieser Tatsache kann nun aber kein Grund sein, nicht mehr gegen Sexuellen Mißbrauch, Pädophilie und Vergewaltigung vorzugehen, wie einige VerteidigerInnen von XY es gerne hätten.

Ziemlich gefrustet
Jonny

---

betr.:Stellungnahme der Schwulen Antifa/Angriff auf xy - Interim 349

Nach der begonnenen Diskussion vor ca.2 Jahren und der Fortführung in diesem Jahr,der Stellungnahme von xy selbst und von verschiedenen betroffenen Jugendlichen spricht m.E. der Angriff auf xy überhaupt n i c h t für sich selbst.
Ich bin deshalb sehr gespannt auf den hoffentlich sehr ausführlichen BekennerInnnenbrief...und will mich dann auch zum Positionspapier der Schwulen Antifa äußern.

Ein an der Diskussion interessierter und beteiligter Mann.

Auch unserer Meinung nach ist der Angriff auf XY in keinster Weise durch die bisherige Diskussion gerechtfertigt. Wir schließen uns deshalb der Forderung nach einer ausführlichen Begründung an.

I´s

Am Wochenende 17./18./19. Nov soll in Berlin ein bundesweites Pädophilentreffen stattfinden. Es wird die Creme de la Creme der Pädophilenszene erwartet.
Der genaue Ort und die genaue Zeit ist noch nicht bekannt.
Dies ist ein Treffen von Leuten, die freien sexuellen Zugriff für Erwachsene auf Kinder propagieren und für sich fordern. Wir sind nicht bereit tatenlos zuzuschauen, wie sich Täter und Befürworter von sexuellem Mißbrauch organisieren. Dies müßte eigentlich auch für alle unabhängig von ihrem Standpunkt in der aktuellen Diskussion klar sein.
Wir laden von daher alle Interessierten am Montag, den 13.11.95 um 20.oo Uhr zu einem Vorbereitungstreffen für Gegenmaßnahmen im Falckeladen (Falckensteinstr.46 / U-Bhf Schlesisches Tor) ein. Wir hoffen bis dahin genauere Informationen zu haben und wollen dann versuchen, ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen.

Die Reste vom Männercafe

Motorradkoffer und ein Dienstfahrzeug

Die Staatsschutzermittlungen gegen das teilbesetzte Haus in der Fritzlarer-Straße in Frankfurt/Main

Am 27.3.93 sprengte nur wenige Tage vor seiner Belegung ein Kommando "Katharina Hammerschmidt" der RAF den Knastneubau in Weiterstadt. Die JVA-Weiterstadt zählt zu den Knästen neuester Betriebsweise und Bauart. Untergebracht in den zweifelhaften Errungenschaften des "Wohngruppenvollzuges", sollen dort mehrere hundert Gefangene in variablen Zellenblocks lückenlos überwacht sowie sozial konditioniert werden. "Wohngruppenvollzug" und kleine Gefangenengruppen in Weiterstadt beinhalten, die kombinierten Erfahrungen von über 20 Jahren staatlicher Isolationsfolter und langjähriger Kleinstgruppenhaft gegen politische Gefangene auch im Normalvollzug nutzen zu können. Die Sprengung verzögerte die Fertigstellung eines der modernsten Hochsicherheitsgefängnisse um mehr als vier Jahre. Es waren nicht nur Gefangene, die sich darüber offen freuten.

Auf den Tag genau drei Monate später wird auf dem Bahnhof von Bad Kleinen Wolfgang Grams im Zuge einer Geheimdienstoperation erschossen. Birgit Hogefeld wird festgenommen. Nur wenige Tage später stellt sich heraus, daß erst der Verrat des Verfassungschutz-Spitzels Klaus Steinmetz diese blutige Aktion gegen die RAF ermöglichte. Der Spitzel Steinmetz stand im Auftrag des Verfassungsschutzes Rheinland-Pfalz. Nachfolgende Recherchen ergaben, daß er nahezu über ein Jahrzehnt unterschiedlichste Strömungen und Zusammenhänge der radikalen Linke unterwandert hatte. Seit dem 21.8.95 wird nun auch im Prozeß gegen Birgit Hogefeld die Sprengung des Knastneubaus verhandelt.

Der Zusammenhang zur Fritzlarer Straße - Fakten und Hintergründe

Am 18.1.94 wird das Ermittlungsverfahren gegen Klaus Steinmetz wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (gemeint ist die RAF, Anm.) und dem "Verdacht der Nichtanzeige von Straftaten" eingestellt. Kurze Zeit danach wird das Auto von Steinmetz in der Wiesbadener Innenstadt beschlagnahmt, sein Motorrad einen Monat später - beides "ein großariger Fahndungserfolg", wie die Behörden melden. Schon das mutet etwas seltsam an, wußten die beschlagnahmenden Stellen dank offenkundiger Observationen doch stets, wo sich die Steinmetz-Fahrzeuge befanden. Beleg dafür ist auch der Beschlagnahmebeschluß vom 18.11.1994:
"Am 2. Februar 1994 wurden in der Wiesbadener Innenstadt der PKW Honda Civic mit dem amtlichen Kennzeichen WI-VR 235 und am 14. März auf einem Parkplatz an der Bundesautobahn A5 zwischen Darmstadt und Frankfurt am Main das Motorrad Suzuki mit dem amtlichen Kennzeichen WI-CT 247, beide zugelassen auf Klaus Steinmetz, sichergestellt."

Die nachfolgende kriminaltechnische Untersuchung beider Fahrzeuge ergab, soweit bisher den spärlichen Beschlüssen zu entnehmen ist, folgende Ergebnisse: "In dem PKW fanden sich Spuren des Explosivstoffes Nitropenta, an dem Motorrad Spuren gewerblichen Sprengstoffes. Vergleichbare Sprengstoffkomponenten wurden auch an dem Tatort des Sprengstoffanschlages gegen die JVA Weiterstadt nachgewiesen. (...) Die genannten Ermittlungsergebnisse begründen den Verdacht, daß bislang unbekannte Mitglieder oder Unterstützer der Rote Armee Fraktion (RAF) den Pkw und das Motorrad des Klaus Steinmetz benutzt haben und möglicherweise Sprengstoff transportiert haben. Beide Fahrzeuge standen für einen langen Zeitraum - vor und nach dem Anschlag auf die JVA Weiterstadt - einem größeren Personenkreis ... zur Verfügung."

Entsprechend reagierten die Medien: "Sprengstoffspuren im Auto des V-Mannes" oder "Neue Indizien für eine Beteiligung des V-Mannes am RAF-Anschlag in Weiterstadt" (taz,16.4.94).
Um den Spitzel und seine vermeintlichen Unternehmungen aus dem öffentlichen Schußfeuer herauszuziehen, wird das bis dato laufende Verfahren gegen ihn von der Bundesanwaltschaft eingestellt. Damit halten sich die staatlichen Behörden ein weiteres Vorgehen gegen ihren Mitarbeiter offen.

Es ist nicht rein spekulativ davon auszugehen, daß das Kölner Bundesamt und seine rheinland-pfälzische Verfassungschutz-Filiale nicht alles Wissen bezüglich ihres Spitzels der Bundesanwaltschaft und dem BKA zur Verfügung stellte. Wie im aktuellen Prozeß gegen Birgit Hogefeld bekannt wurde, sind genau jene Akten, die das oben genannte Verfahren gegen Steinmetz betreffen, von einer anderen Behörde per Sperrvermerk aussortiert worden. Verfassungsschutz plus Innenministerium mauern also; offensichtlich, wenn denn dem Bundesanwalt im Prozeß gegen Birgit geglaubt werden kann, zur Zeit auch gegenüber der BAW. Eine Sache, die mit keinerlei Interesse größer publik gemacht wird. Derartiges wird eben soweit möglich intern geklärt und abgewickelt. In diesem Sinn ist auch die Verfahrenseinstellung gegen Steinmetz zu betrachten.

Denn an anderen Orten werden dagegen Ermittlungen nicht eingestellt. Die Karlsruher Behörden schaffen sich am 24.3.94 Abhilfe, indem sie das bereits geschlossene Verfahren, welches namentlich ihren Mitarbeiter betraf, modifizieren und neu eröffnen. Nun allerdings wird wegen der bereits bekannten "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" nicht mehr gegen Steinmetz, sondern "gegen Unbekannt" ermittelt. Die bewußt gewählte Verallgemeinerung schafft die notwendigen juristischen Voraussetzungen für die kommende Ausweitung der Ermittlungen. Ausgerüstet mit dieser Prämisse, durchsuchen BKA und BAW nun dreimal das Haus in der Fritzlarer-Straße in Frankfurt/Main.

Die ersten zwei Hausdurchsuchungen

Am 10.4.94 findet die erste großangelegte Hausdurchsuchung in der Fritzlarer-Straße statt. Als "Begründung" dient das Motorrad von Klaus Steinmetz. Nach der

Geheimdienstoperation in Bad Kleinen wurde es von einer Frau aus der "Fritze", die mit Steinmetz bekannt war, aus der Hinterlassenschaft des Spitzels erworben. Bis zur polizeilichen Beschlagnahme war das Motorrad auf den Namen Steinmetz angemeldet. Abgestellt auf einer Autobahnraststätte wegen eines Motorschadens, wird es am 14.3.94 von der Polizei beschlagnahmt. Im Zuge der Hausdurchsuchung werden die zugehörigen Motorradkoffer, Zündschlüssel, sowie Kraftfahrzeugbrief und -schein und ein Kaufvertrag ebenfalls beschlagnahmt.
All das passiert im Rahmen eines Ermittlungsverfahren "gegen Unbekannt" und wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung", die formelle Begründung der ersten Durchsuchung aber, war der "Verdacht auf Urkundenfälschung" gegen die erwähnte Frau aufgrund ihres Kaufvertrages für das Motorrad. Daß letzteres Verfahren wegen "Urkundenfälschung" nur die erste Visitenkarte war, zeigt sich einige Monate später. Das Begründungsverfahren der ersten Hausdurchsung wird eingestellt.

Ende November 1994 erfolgt die zweite Durchsuchung. 50 BKA-Beamte und andere Polizisten, sowie Bundesanwalt Griesbaum dringen in das Haus ein. Der Keller und zwei Wohnungen werden durchsucht. Staubproben werden genommen, unzählige Taschen beschlagnahmt, die Wohnungen fotografiert und Skizzen angefertigt. Auch zwei Motorräder und ein Auto werden kurzfristig beschlagnahmt. Der anwesende Bundesanwalt Griesbaum verfügt noch für den gleichen Tag drei ZeugInnenladungen. Alle drei Personen gehen am Nachmittag zum Polizeipräsidium. Im Verhör wird ihnen mitgeteilt, daß in den Motorradkoffern des Klaus Steinmetz, die in einer der Wohnungen während der ersten Hausdurchsuchung im April sichergestellt worden waren, Sprengstoffspuren gefunden worden seien. Die morgentliche Durchsuchung, das Verhör am Nachmittag, sowie die bis dahin unbekannten Sprengstoff-Vorwürfe erzeugen Unsicherheit. Die Betroffenen machen Aussagen zur Wohnsituation in der Fritzlarer-Straße und antworten auf die Frage, wer dort Motorrad fährt.

Die dritte Durchsuchung und ihre Folgen

Bis heute sind die konkreten Umstände des Mordes an Wolfgang Grams ungeklärt. Von staatlicher Seite hat es diesen Mord nie gegeben: Wolfgang Grams hat sich, schwerverletzt und nahezu bewegungsunfähig auf den Gleisen liegend, selbst erschoßen. Zeugen die sahen, wie Wolfgang wehrlos am Boden liegend von einem GSG-9-Beamten unmittelbar in den Kopf geschossen wurde, wurden angezweifelt oder schlichtweg übergangen. Medizinische Gegengutachten der Anwälte der Familie Grams, die Selbstmord ausschließen bzw. stark in Frage stellen, werden nicht beachtet. Die Möglichkeit einer staatlichen Exekution von Wolfgang Grams schreckte die bürgerliche Öffentlichkeit nur kurzzeitig auf. Längerfristige politische Konsequenzen hatte das keine. Sich dem gesellschaftlichen Desinteresse sicher, wird an anderer Stelle entsprechend weiter ermittelt und durchsucht.

Exakt am zweiten Todestag von Wolfgang Grams, dem 27.6.95, steht die Troika aus BAW, BKA und LKA das dritte Mal in der Fritze. Kein Zufall, wie wir meinen. Zeigt doch die Wahl dieses Datum auch den staatlichen Hang zur Symbolik: Eine offene Provokation angesichts des vertuschten Mords an Wolfgang Grams, die nicht nur Macht und Verfolgungswille demonstrieren soll, sondern ebenso unmißverständlich klarstellen will, daß Bad Kleinen noch nicht zu Ende ist.
Für die dritte Durchsuchung wird das alte Ermittlungsverfahren aufgefrischt. Die "Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" wird per "Begründung" so behauptet: in den Klopf- und Wischproben der aus der zweiten Durchsuchung seien in zwei Taschen Sprengstoffspuren gefunden worden. Eine Tasche wird einer Bewohnerin direkt zugeordnet. Für zwei Wohnungen fehlt ein Durchsuchungsbefehl. Der erneut anwesende Bundeswalt Griesbaum ordnet "Gefahr im Verzug" an.
Diesmal durchwühlen die Männer und Frauen des Morgengrauens aufs gründlichste sechs Wohnungen, die Keller und ein Dachgeschoß. Die noch aus der letzten Durchsuchung übrig gebliebenen Taschen, einige Haarbürsten, diverse Schlüssel. Handschuhe, sowie grüne Farbe werden beschlagnahmt. Auch ins Kinderzimmer wird eingedrungen, die Kinder aus dem Bett geholt und ein Spielzeugkoffer mitgenommen. Erneut werden ein Auto und ein Motorrad für kurze Zeit beschlagnahmt.

Noch während der Durchsuchung spricht Griesbaum für den Nachmittag erneut vier ZeugInnenladungen aus. Diesmal allerdings kommt der Vorbestellung niemand nach. Daraufhin werden am 15.7.95 sechs Personen vor die Bundesanwaltschaft nach geladen. Termin ist der 20.7.95. Zwei der vorgeladenen Personen waren zu diesem Zeitpunkt im Urlaub. Die Ladung fand ohne sie statt. Zusammen mit 50 GenossInnen kamen drei andere am 20.7.95 nach Karlsruhe und verweigerten vor Bundesanwalt Griesbaum die Aussage. Griesbaum drohte mit Ordnungsgeld, zeigte sich sichtlich beleidigt und ließ weitere Schritte in Richtung Beugehaft offen. Eine weitere Person der sechs Geladenen kam der Aufforderung am 20.7.95 nicht nach.
Am 27.7.95 erschien erneut die Polizei. Diesmal versuchten sechs BKA- und vier andere Beamte die oben genannte Bewohnerin der "Fritze" zwangsvorzuführen. Ohne Erfolg. Sie durchsuchten erneut alle Wohnungen und den Keller in der "Fritze". Die gesuchte Person war nicht da. (Anmerkung: In der September-Ausgabe der „Swing", einem autonomen Rhein-Main-Info, ist eine Erklärung von ihr veröffentlicht.)

Wir rechnen mit weiteren Ladungen und Zwangsvorführungen vor die Bundesanwaltschaft oder den Bundesgerichtshof. Wir halten es ebenfalls für möglich, daß der BGH das Mittel der Beugehaft gegen die betroffenen Personen anwenden wird. Akteneinsicht gibt es bis heute nicht, der offizielle Status als "ZeugInnen" gibt dafür keine Berechtigung.

Die bisher bekannten Beschlüsse und unsere Einschätzung

Wir sagten es schon: Das Motorrad und die Motorradkoffer gehörten dem Spitzel Klaus Steinmetz. Bis Bad Kleinen waren sie in seinem Besitz. Die RAF-Aktion gegen den Knastneubau Weiterstadt fand im März 1993 statt, Bad Kleinen vier Monate später. Ein tatsächlicher Fund von Sprengstoff am Steinmetz-Motorrad und in den dazu gehörenden Koffern wäre natürlich ein gefundenes Fressen für die staatlichen Verfolger. Schreibt doch das Kriminaltechnische Institut Wiesbaden am 4.11.95 in seiner diesbezüglichen Expertise: "Die in den Motorradtaschen gefundenen Sprengstoffkomponenten waren in so hoher Konzentration vorhanden, daß man unter

dem Gesichtspunkt der Spurenuntersuchung die Menge als ungewöhnlich hoch bezeichnen kann."
Zudem standen die Koffer, wie in der "Fritze" geschehen, im Flur einer Wohnung und konnten laut Beschluß vom 18.11.94 "keinem bestimmten Bewohner zugeordnet werden". Daß diese Koffer zwar gleichzeitig mit dem Motorrad erworben wurden, aber zwangsläufig immer verschloßen blieben, da niemand in der "Fritze" über die passenden Schlüssel verfügte, interessiert natürlich den Staatsschutz wenig. Tatsache bleibt trotzdem, daß die Koffer seit ihrem Erwerb nach Bad Kleinen von den Bullen selbst überhaupt das allererste Mal geöffnet wurden.

Gesetzt den Fall in den Koffern wurden tatsächlich Sprengstoffspuren gefunden, bleibt als Schluß nur ein behördliches Dilemma. Denn diese können einzig und allein zu Klaus Steinmetz führen, unabhängig ob im Zusammenhang mit Weiterstadt oder nicht. Steinmetz war laut Innenminister Zuber "freier Mitarbeiter" des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz. Es liegt auf der Hand, daß das Interesse der Behörden selbst begrenzt ist, etwaigen Sprengstoff in den Händen ihres "freien Mitarbeiters" nachzuweisen. Was wird also getan, wenn mögliche Fakten etwas nahelegen könnten, was nicht erwünscht ist?
Es bleibt die hinlänglich bekannte Methode, Leuten die Dinge ans Bein zu binden, deren polizeiliche Einschätzung zumindest in der bürgerlichen Öffentlichkeit so ziemlich alles und jedes erklärt und legitimiert: "...(Sie) sind dem linksextremistischen Spektrum in Frankfurt zuzurechnen. Diese Umstände begründen den Verdacht, daß sie selbst oder dritte Personen die Motorräder oder einer von Ihnen für den Transport von Sprengstoff im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die JVA Weiterstadt benutzt haben. Es ist deshalb anzunehmen, daß sich an oder in den Fahrzeugen Spuren befinden, die Aufschlüsse auf die Anwendung der Motorräder für einen Sprengstofftransport zulassen." So lautet der entsprechende Beschluß vom 23.6.95 bezüglich der Beschlagnahme zweier zusätzlicher Motorräder aus "Fritze". Eines dieser Motorräder ist allerdings am Tag der versuchten Beschlagnahme schon seit Mai 1994 bei der Polizei als gestohlen registriert.

Die Kette der Bullenlogik setzt sich entsprechend so zusammen: ein von der RAF gesprengter Knast schafft Fahndungsdruck; ein Spitzel und sein Motorrad, bei dem die zuständige Behörde angeblich nicht weiß, was ihr "freier Mitarbeiter" damit angestellt hat, spielen eine Rolle; vermeintliche Sprengstoffspuren werden laut Expertise eines dem BKA angegliederten Kriminaltechnischen Institutes bei politisch unbequemen Leuten gefunden. All das paßt zusammen und genügt für ein 129a-Verfahren. Offiziell wird nur ermittelt, werden BewohnerInnen der Fritze nur als "Zeugen" vernommen. In Wahrheit sind sie längst potentielle Beschuldigte.

Wer sucht, der findet !

Ob die Durchsuchung der Fritze von Anfang an auf Funde von Sprengstoffspuren angelegt war, steht als Möglichkeit im Raum. Spätestens jedoch bei der zweiten Hausdurchsuchung galt es motorradunabhängige "Beweise" zu finden, um den Spitzel außen vor lassen zu können. Bisher ergab jede Durchsuchung die Legitimation für die nächste. Eine Begründung in nächster Zeit gleich das ganze Haus durchsuchen zu können, liegt bereits vor: "Die Bewohner des Anwesens stehen untereinander in engem und ständigem Kontakt. Auf die Untersuchung sämtlicher vorgefundener Transportmittel kann unter diesen Umständen nicht verzichtet werden, weil der Kreis der möglich Beteiligten nicht einzugrenzen ist oder einzelne Gegenstände möglicherweise innerhalb oder zwischen den einzelnen Wohngemeinschaften verliehen worden sind. Entsprechendes gilt für die Handschuhe." (Beschluß vom 2.8.95)

Unmengen Staub-, Wisch- und Klopfproben aus Ritzen und Rändern der Zimmer, von Taschen und Möbeln, fotografierte und skizzierte Wohnräume, 80 beschlagnahmte Taschen und Rucksäcke, Haarbürsten und Kämme, eine Landkarte, grüne Farbe, ein Seitenschneider, eine Plastiktüte mit einer alten "Frankfurter Rundschau" und noch anderer Kleinkram, all das dient der behördlichen Beweissicherung. Bisher gab es dazu nur zwei äußerst magere BKA-Sprengstoffexpertisen. Die bereits oben erwähnte bezieht sich auf das Spitzel-Motorrad und die dazugehörigen Koffer. Das zweite Gutachten des Kriminaltechnischen Instituts, ausgefertigt am 13.3.95, kommt nach Untersuchung einer grünen Stofftasche, einer braunen Reisetasche und Handschuhe zu folgender Aussage:
"Die nachgewiesenen Spuren sind jedoch so gering, daß eine weitere Auswertung nicht möglich ist. Es kann jedenfalls aufgrund der äußerst geringen Mengen keine Bewertung der Spureneintragung vorgenommen werden. In dem nachgewiesenen Mengenbereich sind Kontaminationen (ungewollte Fehleintragungen bei der Spurensicherung oder -aufarbeitung) nie ganz auszuschließen."

Seit Juni 1995, dem Tag der dritten Durchsuchung, hagelt es regelrecht Beschlagnahmebeschlüsse. Und nach dieser Durchsuchung wird immer klarer, daß sich die staatlichen Verfolgungsbehörden Bausteine für die logistische Vorbereitung der Weiterstadt-Aktion zusammensuchen. Dies ergeben folgende Beschlüsse:
"Zu den Bewohnern der besetzten Wohnungen im genannten Anwesen führen verschiedene Gegenstände, die verdächtige Sprengstoffspuren - möglicherweise im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die JVA Weiterstadt - aufweisen. Die sichergestellten Gegenstände kommen aus folgenden Gründen als Beweismittel in Betracht: Die Koffer, Rucksäcke, Taschen und Handschuhe bedürfen der kriminaltechnischen Untersuchung, ob sie - ebenso wie gleiche Gegenstände, die bei früheren Durchsuchungen sichergestellt worden sind - mit Sprengstoff in Berührung gekommen sind. Die anderen Gegenstände - Seitenschneider und Plastiktüte mit Inhalt - können mit den logistischen Vorbereitungen für den Anschlag auf die JVA Weiterstadt in Verbindung stehen. Insoweit sind Anschlußermittlungen und vergleichende kriminaltechnische Untersuchungen erforderlich" (6.7.95).

Dazu hat die RAF im März 1994 in einem längeren Text erklärt: "Weder Steinmetz noch GenossInnen aus dem Widerstand waren in irgendeiner Art an unserer Aktion gegen den Knast in Weiterstadt (oder sonstigen Aktionen) beteiligt".

Und die nächsten Beschlüsse:
"Die obengenannten Gegenstände, die bei der Durchsuchung sichergestellt und beschlagnahmt wurden, kommen als Beweismittel für das vorliegende Verfahren in Betracht. Sämtliche Transportmittel (Rucksäcke, Taschen, Koffer) sind möglicherweise mit Sprengstoff in Berührung gekommen, wie er für den Anschlag auf die JVA

Weiterstadt im März 1993 verwendet worden ist. Diese Annahme beruht auf dem positiven Ergebnis der kriminaltechnischen Untersuchung von Klopf- und Wischproben, die von mehreren, bereits im November 1994 in anderen Wohnungen desselben Anwesen sichergestellten Gegenständen (eine Stofftasche, eine Reisetasche, ein Paar Arbeitshandschuhe) genommen wurden. Weitere Sprengstoffspuren wurden an einem Motorrad Suzuki gesichert, das früher dem anderweitig verfolgtem Klaus Steinmetz gehörte und inzwischen angeblich von ... und ..., ebenfalls Bewohnerinnen des Hauses Fritzlarerstraße, gekauft wurde. Desgleichen wurde an zwei Motorradkoffern, die in einer Wohnung im Mai 1994 aufgefunden worden waren, Sprengstoffspuren festgestellt. Die sichergestellte Haarbürste kommt als Beweismittel für Vergleichsuntersuchungen mit menschlichen Haaren in Betracht, die im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf die JVA Weiterstadt im Fluchtfahrzeug gesichert wurden. Die beschlagnahmte Landkarte (Frankreich) ist daraufhin zu untersuchen, ob sie Eintragungen enthält, die auf ein Depot oder einen Treffort in Frankreich im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Anschlages hinweisen. Der spanische Reisepaß gehörte angeblich einem verstorbenen Spanier. Es ist zu überprüfen, ob er im Zusammenhang mit einer unterstützenden oder mitgliedschaftlichen Betätigung für die RAF mißbräuchlich verwendet wurde. Die grüne Farbe kann Beweisbedeutung haben, weil bei dem Anschlag ein VW-Transporter verwendet wurde, den die Täter im Bereich des Hochdaches grün gestrichen hatten. Die sichergestellten Haarbürsten und der Kamm kommen als Beweismittel für Vergleichsuntersuchungen mit menschlichen Haaren in Betracht, die im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt im Fluchtfahrzeug gesichert wurden. Der Seitenschneider ist daraufhin zu untersuchen, ob er für das Schneiden des Drahtes verwendet wurde, mit dem die Täter Warnschilder in der Justizvollzugsanstalt Weiterstadt befestigt hatten. Das Asservat (Plastiktüte mit Inhalt) enthält Vegetationswerte und Reste einer "Frankfurter Rundschau" vom 19.3.1993. Wegen der zeitlichen Nähe dieses Datums zum Tag des Anschlages ist eine vergleichende Untersuchung mit Vegetationsbestandteilen aus der Umgebung des Tatortes erforderlich; das Ergebnis kann möglicherweise auf die Anlage eines Depots oder eines Unterschlupfes der Täter hindeuten." (2.8.95)

Im Beschluß vom 2.8.95 wird eine zweite Frau genannt und damit in den engeren Ermittlungskreis einbezogen. Das mittlerweile eingestellte Verfahren wegen des "Verdachts der Urkundenfälschung" - gemeint ist der Kaufvertrag des Motorrades von Steinmetz - taucht in dem kleinen Wörtchen "angeblich" wieder auf. Der Weg vom Beschluß des 5.8.94, in dem noch "zur Klarstellung" darauf verwiesen wird, "daß sich das genannte Ermittlungsverfahren nicht gegen die Betroffene richtet" bis zum Beschluß vom 23.6.95, in dem jetzt beide betroffene Frauen verdächtigt werden, Sprengstofftransporte gemacht zu haben, war für die Behörden offensichtlich nicht allzu lang. Ermöglicht wird das auch dadurch, ohne wieder bei Steinmetz und dem Anfang der Verfahrenskette zu landen, daß im vorerst letzten Beschlagnahmebeschluß vom 2.8.95 keinerlei Verbindung mehr zwischen dem Motorrad des Spitzels und seinen Motorradkoffern hergestellt wird. Entsprechend ist seit November 1994 Bundesanwalt Griesbaum damit beschäftigt die "Besitzverhältnisse an zwei schwarzen Motorradkoffern zu klären". Ein kurzer Anruf beim Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz sollte diese Frage eigentlich unabhängig der schon erwähnten Fakten leicht beantworten. Gab doch der VS im Zuge der Bad Kleinen Nachermittlungen recht freizügig zu, dem "freien Mitarbeiter" immer mal wieder durch außerordentliche Geldbeträge bei verschiedenen Anschaffungen unter die Arme gegriffen zu haben, so auch beim Kauf von Fahrzeugen.

Bleiben noch die zwei erwähnten Handschuhe und Taschen. Sie sind trotz magerster Ergebnisse kriminaltechnischer Untersuchung für BKA, BGH und die BAW eine weitere Möglichkeit dieses Verfahren auch ohne den Komplex Weiterstadt weiterführen zu können.
Ziel der staatlichen Verfolgungsbehörden scheint zu sein, aus den aufgeführten sogenannten "Indizien" handfeste Beweise zu machen.

Wir wehren uns gemeinsam!

Verschiedene Menschen wohnen in der Fritzlarer-Straße. Die Art ihrer Initiativen ist vielfältig. Dazu gehören Musikbands, Malerei, eine Radio-Initiative, internationalistische Gruppen und anderes. Es ist offensichtlich keine homogene Gruppe, die in diesem Haus zusammenlebt. Einen politischen Zusammenhang zur RAF und antiimperialistischer Politik gibt es von der "Fritze" als Haus nicht. Organisatorisch erst recht nicht. Es sind einzelne Hausbewohnerinnen, die selbst Teil antiimperialistischer Gruppen waren oder sind und sich dementsprechend mit der Politik der RAF auseinandergesetzt haben. Ohne diesen Hintergrund hätte die Staatsmacht dieses Verfahren niemals so eng mit der "Fritze" in Verbindung bringen können und wollen.

Zu der Aneignung des Motorrads ist zu sagen, daß es offensichtlich ein großer Fehler war. Wie dieser von den Verfolgungsbehörden benutzt wird, ist die eine Sache. Unsere Auseinandersetzung eine andere. Wieso wir welche Fehler machen, gehört hier jetzt nicht hin.
Zehn Jahre Spitzeltätigkeit zieht viele Gewichte hinter sich her. Nicht nur wenn die staatliche Verfolgungsebene gegen uns läuft. Viel schwerer wiegen die jeweiligen eigenen Beziehungen zu Steinmetz und die Gründe, warum er so lange und bis zur RAF hin unentdeckt blieb. Erst die Katastrophe des Verrats in Bad Kleinen brachte die Aufdeckung. Ob mit oder ohne Verfahren, die Folgen werden noch jahrelang beschäftigen, und das nicht nur diejenigen, die eng oder persönlich mit ihm zu tun hatten.

Aussageverweigerung und Beugehaft

Die Drohung von Zwangsmaßnahmen wegen Aussageverweigerung betrifft alle aus der Fritzlarer Straße die bis jetzt als Zeugen/innen geladen sind oder noch werden. Dies ist das bundesdeutsche Zeugengesetz. Ob es zur Anwendung kommt oder auch nicht, ist jeweils eine konkrete Frage von Sinn und Zweck. Erpressung ist es immer, genauso, daß es der Einschüchterung dienen und "beugen" soll, wie der Name schon sagt. Aber dieses Mittel wird auch eingesetzt, wenn klar ist, daß sie das nicht erreichen werden, als Rache und Bestrafung.
Bis heute gibt es noch keine weiteren Vorladungen, aber das heißt gar nichts. Beschlüsse haben sie sich zu genüge geschaffen, nicht nur für Zeugenvorladungen.

Damit es einigermaßen überschaubar bleibt, haben wir den Text auf das Verfahren im „Fritze"-Zusammenhang begrenzt. Im nebenstehenden Kasten sind alle bisher uns bekannten laufenden Verfahren aufgeführt, in denen der Spitzel in irgendeiner Form auftaucht. Zu sagen ist noch, daß der staatliche Umgang mit den Aussagen des Spitzels bedeckt ist. Auch bezüglich des Motorrads sind keine bekannt. Ob er jemals als Kronzeuge auftauchen wird, bezweifeln wir. Laut neuestem BVG-Urteil müssen Kronzeugen ihre Aussagen direkt vor Gericht treffen.

Wir werden weiter den jeweiligen Stand öffentlich bekanntmachen und mobilisieren.

Solidarität heißt Widerstand!

Bewohnerlnnen und Unterstützerlnnen der Fritzlarer Straße

Frankfurt/Main im September 1995

1) Klaus Steinmetz
Akten-Zeichen: 2 Bjs 71/93-5
Die Baw hatte gleich im Anschluß an Bad Kleinen ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eröffnet. Wegen Mitgliedschaft in der RAF und Verdacht der Nichtanzeige geplanter Straftaten.
Er wurde deshalb am 23.7.93 und 24.7.93 von Griesbaum (BAW) im Beisein von Beamten des BKA und seinem VS-Führungsoffizier vernommen. Sicher gab es noch weitere Termine, u.a. im Januar 94 und wegen der Motorrad-Sache eine Vernehmung im Frühjahr 94.
Das BKA hatte ihn an folgenden Tagen in der Mangel: 3./4./6.August und 23.September 1993 (vernehmende Beamte: KHK Klaus, KKinzA Hönemann und KOK Platen).
Bisher ist uns bekannt, daß es über 300 Seiten Steinmetz-Aussagen gibt (in den BAW-Akten gegen Birgit Hogefeld). Lächerlich wenig angesichts einer gut neunjährigen VS-Tätigkeit innerhalb der Radikalen Linken.
Am 21.2.94 wurde das Verfahren von der BAW eingestellt. „Mit Billigung des Bonner Justizministeriums" („Spiegel" 7/94). „Ohne das BKA vorher zu informieren" (taz, 26.2.94).

2) S. Frey
Aktenzeichen: 2 BJs 70/93-1.
Im August 1993 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft in der RAF eingeleitet. Aktenzeichen: 2 BJs 70/93-1.
Am 18.5.94 lädt die BAW S. Frey als Beschuldigten nach Karlsruhe. Er läßt über seinen Anwalt ausrichten, daß er keine Aussagen machen wird, der Termin folglich überflüssig sei. Die BAW teilt diese Einschätzung und hebt den Ladungstermin auf ohne einen neuen anzusetzen.
Am 2.12.94 wird das Verfahren eingestellt. „Die Ermittlungen bieten keinen genügenden Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage" Widera/BAW.
Hintergrund des Verfahrens:
Steinmetz sagte aus, daß es S. Frey gewesen wäre, der ihm den Kontakt mit der RAF ermöglicht hätte. Frey soll ihm einen Termin und Ort ausgerichtet haben, an dem Steinmetz dann Ende 91 zwei aus der RAF traf.

3) G. Pohl

Gegen Frau Pohl ermittelt die BAW wegen „Unterstützung der RAF".
Sie hatte davon erst im Juni 94 erfahren, als die BAW drei Leute aus Frankfurt/Main als Zeuglnnen in eben diesem Verfahren vorlud. Die Ermittlungen dauern bis zum heutigen Tage an, ohne daß weitere Vorladungen oder andere Verschärfungen eingesetzt werden.
Hintergrund des Verfahrens:
Steinmetz sagte aus, daß ihm G. Pohl kurz vor Weiterstadt in der „Infostelle für politische Gefangene" (in Frankfurt) ein Kassiber von der RAF zugesteckt haben soll, auf dem ein neues Date mit der RAF stand. Einschränkend erklärte er noch, er gehe davon aus, daß G. Pohl nichts von der Herkunft bzw. dem Inhalt des Kassibers wußte.
Am 30.6.94 schreibt G.Pohl im „Angehörigen-Info" Nr.148: „Das Ganze ist eine zielgerichtete Erfindung". Sie würde Steinmetz nicht einmal kennen.
Ziel des Verfahrens:
Ein potentielles Druckmittel. Jederzeit könnte die BAW Frau Pohl verbieten, weiterhin Besuche bei Helmut Pohl, ihrem Ehemann, zu machen (Helmut ist Gefangener aus der RAF, seit 2.7.84 inhaftiert, zur Zeit in der JVA Schwalmstadt, zu „lebenslänglich" verurteilt; bei den Staatsschutzbehörden wird er als „Hardliner" und „Sprecher der RAF-Gefangenen" klassifiziert).
Zeuglnnen-Ladungen:
Im Herbst 94 nimmt die BAW dieses Verfahren zum Anlaß, um drei Leute aus Frankfurt als Zeuglnnen zu laden. Sie sollen Griesbaum von der BAW die Steinmetz-Aussagen bestätigen. Alle drei verweigern die Aussage.

4) U. Quack

Gegen U. Quack aus Saarbrücken ermittelt die BAW wegen „Unterstützung der RAF".
U. Quack erfährt von diesem Verfahren im Frühjahr 94, als das BKA-Dossier in unsere Hände gespielt wird. Dort steht, einer der vielen Briefe, die im Rucksack von Birgit Hogefeld gefunden wurden, sei wahrscheinlich von U. Quack an die RAF adressiert worden. Begründet wird dies mit übereinstimmenden autobiografischen Daten, die im Brief Erwähnung finden.
Am 8.11.94 macht der Staatschutz den nächsten Schritt. Frau Quack wird verhaftet. Im Haftbefehl wird ihr vorgeworfen, das angebliche „RAF-Konzept" „Gegenmacht von unten" in ihrer politischen Praxis umgesetzt zu haben. Basisinitiativen in Saarbrücken wie das Antirassistische Notruftelefon oder die „Gelbe Punkt Aktion" sollen kriminalisierungswürdige „Gegenmacht von unten" darstellen. Daneben als konkreten Punkt den oben angeführten Brief an die RAF.
Steinmetz wird im Haftbefehl überhaupt nicht erwähnt.
Im Dezember 94 kann U. Quack den Knast unter Auflagen wieder verlassen. Monate später wird der Haftbefehl ganz aufgehoben. Das Ermittlungsverfahren dauert an.

5) Birgit Hogefeld

Birgit sitzt seit ihrer Verhaftung in Bad Kleinen im Knast.

6) Verfahren gegen „Unbekannt"
A-Z: 2 Bjs 30/94-5.
Wegen „Mitgliedschaft in der RAF" und „Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion".
- Durchsuchung in Wiesbaden/Computer (siehe Chronologie)
- Hausdurchsuchungen in der Fritzlarerstraße 18

Aussageverweigerung mit oder ohne §55 ??!

Wir, die Leute aus der Fritze, sollen in einem Verfahren gegen Unbekannt wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Herbeiführung eines Sprengstoffanschlages (Weiterstadt) im Moment noch als Zeug/innen von der BAW beziehungsweise dem BGH vernommen werden. Wer dort die Aussage verweigert kann mit Ordnungsgeldern und/oder Beugehaft bis zu 6 Monaten bestraft werden.

Wir haben uns entschieden alle die Aussage zu verweigern, werden uns aber auf den §55 StPO (Auskunftsverweigerungsrecht wegen Selbstbelastung) im Komplex. d.h. nicht auf einzelne Fragen, beziehen.
Seit wir mit dem Ermittlungsverfahren konfrontiert sind, haben wir uns sehr unterschiedlich verhalten, weil uns eine gemeinsame Diskussion und eine gemeinsame Praxis fehlte. Dazu wollen wir sagen, wir sind keine einheitliche politische Gruppe. sondern ein Wohnzusammenhang.
Nach der 2. Hausdurchsuchung, wo das erste Mal Ladungen zu einem Bundesanwalt ausgesprochen wurden, kam es aus der unsicheren Situation heraus,von drei Leuten zu Aussagen und zwar unsere Wohnsituation betreffend und auf die Frage wer im Haus Motorrad fährt. Damals berief sich eine Frau bei den Fragen, zu den Motorradkoffern auf den §55, weil ihr das die Anwältin vorschlug. Danach hatten wir lange Diskussionen, während denen wir beschlossen, daß es aus unserem Haus heraus keine weiteren Aussagen geben wird, und zwar generell, d.h. ohne §55. Das haben wir auch eingehalten, aber auf unterschiedlichen Wegen.
Während der 3. Hausdurchsuchung sprach Bundesanwalt Griesbaum die nächsten vier Zeug/innenladungen (diesmal andere Leute wie beim ersten Mal) aus. denen nicht nachgekommen wurde, d.h. die Leute gingen gar nicht hin. Kurz darauf wurden weitere sechs Zeug/innenladungen zugestellt, die vier vom letzten Mal und zwei Neue. Zwei der Betroffenen waren in Urlaub und kamen deswegen der Ladung nicht nach. Drei andere gingen zusammen mit 50 Genossen und Genossinnen nach Karlsruhe zu Bundesanwalt Griesbaum und verweigerten dort die Aussage. Griesbaum drohte mit Ordnungsgeld und ließ sich andere Schritte in Richtung Beugehaft offen. Die sechste Betroffene kam der Ladung nicht nach. daraufhin kam es zu einer Hausdurchsuchung von BKA's, die sie zwangsvorführen wollten. Die Frau war nicht zu Hause.
Eine Erklärung von ihr ist in der Swing/September und in der Interim von Anfang September abgedruckt.
Das ist der Stand der Dinge Mitte September 1995.

Bei den Überlegungen, wie wir uns weiterhin verhalten werden, brachten unsere Anwält/innen den §55 StPO ins Spiel. Sie sagen, dieser Paragraph sei die einzige Möglichkeit sich juristisch gegen Beugehaft zu verteidigen, allerdings geht es im folgenden immer nur um die Anwendung im Komplex, d.h. Aussageverweigerung auf ALLE Fragen, auch keine nach Wohnbedingungen oder sonstigem Kleinkram.
Wird der §55 nur auf einzelne Fragen angewendet, halten wir ihn für äußerst gefährlich. weil dadurch der BAW und dem BGH, Bereiche genannt werden wo Leute denken. sich selbst und/oder andere belasten zu können. Außerdem werden in Teilbereichen auf jeden Fall Aussagen gemacht.
Das ist für uns keine Aussageverweigerung.
Die Aussageverweigerung mit §55 im Komplex für alle würde in unserem Falle begründet. mit dem Verfahren gegen Unbekannt wegen §129a StGB. In solchen Verfahren sind die Grenzen zwischen Zeug/innen und Beschuldigten immer sehr fließend.

In unserem Fall lesen sich die von BAW/BGH zugestellten Beschlüsse wie Anklagen und nicht wie Fragen an Zeug/innen.
Allerdings ist dazu noch zusagen, daß wenn mensch sich auf den §55 bezieht, es der Genehmigung durch den zuständigen Bundesanwalt bzw. Richter am BGH bedarf. Das heißt, Sie und nicht Wir entscheiden ob der §55 angewendet wird.
Wenn sie ihn ablehnen oder nur auf Teilfragen genehmigen wollen, werden wir die Aussage ohne den §55 verweigern.

Trotz alledem blieben unsere Diskussionen zu diesem Thema sehr konträr. Wir konnten uns nicht einigen. die Argumente für und gegen blieben nebeneinander stehen. Da wir alle es aber für wichtig halten zu gemeinsamen Entscheidungen zu gelangen. haben wir uns mit Magendrücken und auch mit politischen Bedenken auf den Minimalkonsens Aussageverweigerung mit dem juristischen Hilfsmittel des §55 im Komplex für alle Betroffenen geeinigt.
Ein Argument der bisherigen Diskussion war, daß einzelne durch eine klare Aussageverweigerung ohne juristische Mittel (§55) ein politisches Zeichen setzen im Hinblick auf andere Verfahren, die in der BRD gerade laufen, d.h. Verantwortung über persönliche Dinge hinaus für einen gesamten politischen Prozess des Widerstandes gegen den Repressionsapparat übernehmen. Die Situation im Haus ist aber nicht die eines politischen Zusammenhanges, weswegen einige diese Konsequenz für sich nicht ziehen wollen und können. Wir haben uns deswegen für Aussageverweigerung mit §55 als Minimalkonsenz entschieden, weil dies eine gemeinsame Vorgehensweise für uns bedeutet.

Wir wollen jetzt nochmals zusammenfassend die Argumente für und gegen den §55 StPO, angewendet im Komplex darstellen

FÜR den §55 spricht:
-Der Bezug auf den §55 könnte eine Chance sein, die Aussage zu verweigern und trotzdem nicht in Beugehaft zu gehen.
- Egal ob sie ihn ablehnen oder zulassen müssen SIE begründen warum. Mit diesen Begründungen kann mensch politisch arbeiten. Außerdem müßten sie die Verhältnismäßigkeit von Beugehaft und nicht beantworteten Fragen herstellen.
-Der 55 bedeutet ein Eingehen auf IHRE juristischen Spielregeln, das heißt es wäre ein Angebot zur „Deeskalation".

GEGEN den §55 spricht:
- Wenn sie Beugehaft verhängen wollen tun sie das mit oder ohne §55.
- Wir lassen uns nicht auf ihre juristische Ebene ein.
- Wir finden es politisch klarer und auch für andere Betroffene nachvollziehbarer die Aussage ohne den Versuch sich auf juristische Spielchen einzulassen, zu verweigern.

Obwohl wir versuchen werden uns auf den §55 zu beziehen, wollen wir nochmals ganz deutlich sagen: **Wir werden alle die Aussage verweigern.!**

Wir finden. daß eine Auseinandersetzung über Aussageverweigerung nach wie vor ausgesprochen wichtig ist, und uns würde interessieren wie ihr über die von uns beschriebene Anwendung denkt. Diskutiert, verhaltet euch, meldet euch bei uns!

Schluß mit der Kriminalisierung linker Zusammenhänge!

Aufruf zu einer Demonstration gegen die Abschiebepolitik der BRD am

11.11.95 um 11 Uhr

Auftaktkundgebung: Schmuggelstieg in Hamburg Ochsenzoll, Nähe U-Bhf
Die Demonstration wird vor dem Abschiebeknast Glasmoor in Norderstedt enden.

Abschiebehaft gibt es seit Mitte der achtziger Jahre, gesonderte Abschiebeknäste zur massenhaften, vereinfachten Abschiebung seit 1992. Die ersten Knäste wurden in Nordrhein-Westfalen gebaut, das seitdem eine Art Vorreiterrolle in Sachen Abschiebung spielt. Abgesehen von dem eigentlichen Zweck, Abschiebungen massenhaft und von der Öffentlichkeit unbemerkt durchführen zu können, dient die Abschiebehaft der Abschreckung, Isolierung und Disziplinierung von Flüchtlingen .Ein selbstbewußtes gemeinsames Auftreten von MigrantInnen und die Entwicklung von politischen Forderungen sollen damit schon im Vorfeld unterbunden werden.

Glasmoor

Der Hamburger Abschiebeknast Glasmoor liegt vor den Toren Hamburgs im Schleswig- Holsteinischen Norderstedt. Der im Februar 1994 fertiggestellte und von zwei 2 bzw. 4 Meter hohen Nato-Draht gesicherten Metallzäunen umgebene Containerknast hat 84 Haftplätze. Im UG Holstenglacis und allen anderen Knästen Hamburgs gibt es weitere. In Glasmoor sind die Gefangenen auf engstem Raum den überwiegenden Teil des Tages zu sechst in einer Zelle eingesperrt. Medikamente und Beruhigungsmittel sind die Antwort auf ihre verzweifelte Lage.

Am 6.11.94 gab es eine Protestaktion im Hamburger Abschiebeknast Glasmoor. 40 Häftlinge weigerten sich, nach dem Hofgang in ihre Zellen zurückzugehen. Ein Aufgebot von Polizei und Ausländerbehörde veranlaßte sie, nach Versprechungen von Einzelfallprüfungen in ihre Zellen zu gehen.

Seitdem gibt es verschiedene Gruppen, die konkrete Unterstützungsarbeit leisten:

Seit dem 27.11.94 bis heute werden regelmäßig jeden Sonntag Spaziergänge mit Redebeiträgen und Musik organisiert. Es gab Konzerte, eine größere Sylvesteraktion und eine Demonstration im Dezember 1994 in Norderstedt. Der Kontakt zu den völlig isolierten Gefangenen wird seitdem über Besuche aufrechterhalten. Die ersten 5 Anstaltsverbote im Dezember 1994 mußten im Januar zurückgenommen werden. Seit April gibt es erneut 7 Anstaltsverbote.

Vom 1.10. bis 11.10.95 waren in Glasmoor mehrere Flüchtlinge, vor allem Kurden, im Hungerstreik. Sie forderten ihre sofortige Freilassung, eine Bleiberecht für alle sowie die Abschaffung aller Abschiebeknäste. Die Knastleitung versuchte mit allen Mitteln, jegliche Kontaktaufnahme mit den Hungerstreikenden zu verhindern. Nach 4 Tagen Hungerstreik waren bereits ein Kurde in die Türkei abgeschoben und ein anderer ins UG Holstenglacis verlegt worden. Die Knastleitung drohte den Hungerstreikenden mit sofortiger Abschiebung und Verlegung, wenn sie ihren Hungerstreik nicht abbrechen. Am 19.10. sollen die 3 Kurden abgeschoben werden.

Vorreiterrolle NRW's beim Bau von Abschiebeknästen

Das bundesweit erste dieser Sondergefängnisse für Flüchtlinge wurde im Herbst 1992 in der Ruhrgebietsstadt Herne eröffnet. Der mit 600 Haftplätzen bislang größte Abschiebeknast der Republik steht in Büren, einem Dorf in Ostwestfalen. 8 km vom Dorf entfernt befindet sich der Abschiebeknast, eine ehemalige Kaserne mit einer so hohen Mauer befestigt, daß man dahinter nichts sieht. Kurz nach der Eröffnung des Modellknastes gab es die erste große Widerstandsaktion von 50 Gefangenen. Was sich genau im Knast abspielte, weiß keine(r) ; niemand durfte das Knastgelände betreten.

Widerstand in den Knästen

Auch in anderen bundesdeutschen Abschiebeknästen kommt es regelmäßig zu Widerstandsaktionen der Gefangenen, die von Zellenverwüstungen bis zu Selbstverstümmelungen reichen. Seit Herbst 93 nahm sich mehr als ein Dutzend Abschiebegefangener das Leben. Die Gefangenen leisten täglichen Widerstand, der aber in den meisten Fällen nicht durch die Mauern dringt.

Berlin

In Berlin wird in nächster Zeit, als Ergänzung zur Abschiebehaft im Polzeigewahrsam in der Kruppstraße ein neuer Abschiebeknast in Grünau für bis zu 400 Menschen fertiggestellt. Im April 1994 scheiterte ein Versuch von AntirassistInnen, das im Bau befindliche Gebäude zu sprengen. Seit dieser Zeit befinden sich drei Männer auf der Flucht, gegen die nach §129a ermittelt und denen eine Beteiligung an der versuchten Knastsprengung unterstellt wird. Im Rahmen der bundesweiten Razzien am 13.Juni 1995 wurden auch zahlreiche Wohnungen durchsucht, die mit den Beschuldigten in Verbindung gebracht werden.

Zu den Haftbedingungen

Die Justiz- und Innenbehörden wie auch die Anstaltsleitungen haben am Anfang des massiven Ausbaus 1992 unbemerkt von der Öffentlichkeit die Haftbedingungen der Gefangenen äußerst repressiv gestaltet. Seitdem BesucherInneninitiativen, Flüchtlingsorganisationen und antirassistische Gruppen massiv die Realität der Massenabschiebungen öffentlich machen und es massiven Widerstand in den Knästen gibt, haben sich die Haftbedingungen teilweise verändert.

Wir sind uns bewußt, daß Abschiebeknäste die letzte Station der Verwertungs- und Selektionsmaschinerie von MigrantInnen sind. Waren es erst die miesen Unterbringungsbedingungen in Hotels und Abrißhäusern, dann Aufnahmeeinrichtungen, Sammellager, ZASten und Ausländerbehörden, dann Containerlager, gegen die wir protestierten und Öffentlichkeit herstellten, sind wir jetzt bei Abschiebeknästen angekommen.

Weg mit der Abschiebehaft ,

gegen die Abschiebepolitik,
gegen alle Abschiebeknäste!

Offene Grenzen und
Bleiberecht für alle!

Ob eine(r) Flüchtling oder Arbeitsmigrantin ist, hat in erster Linie damit zu tun, ob und in welcher Form seine/ihre Arbeitskraft im Ankunftsland gefragt ist und wenig damit, warum er oder sie in ihrem Land aufgebrochen ist. (medico international)

Abschiebeknäste sind sicher das brutalste Instrument staatlicher rassistischer Herrschaftssicherung.
Diese Knäste strahlen Botschaften aus , und zwar in zwei Richtungen: MigrantInnen soll klargemacht werden, daß Widerstand gegen rassistische Ausbeutung sich nicht lohnt, weil er hier endet. Deutschen PaßinhaberInnen wird signalisiert, daß es die Privilegien, die damit einhergehen, deutscher Abstammung zu sein, zu verteidigen gilt, indem Nicht-Deutsch-Sein zum Anlaß genommen wird, Menschen zu kriminalisieren und einzuknasten.
Dabei werden Maßnahmen rassistischer Politik durch einen verbreiteten Rassismus legitimiert, der in der BRD jederzeit abrufbar ist, wenn es politisch opportun erscheint. Auf der anderen Seite verstärken gerade diese Maßnahmen den vorhandenen Rassismus, indem sie ihm institutionalisiert Ausdruck verleihen.
Die bei vielen Deutschen latent vorhandene Ablehnung all derer, die der nationalkonstruierten Interessengemeinschaft nicht angehören, ist politisch gewollt. Rassistische Sondergesetzgebung, verschärfte Abschottung der Grenzen und Rückkehr zum großdeutschen Nationalismus ist so durchsetzbar, ohne daß die auf breiten Widerstand trifft.
Die herrschende rassistische Ordnung muß nicht gegen die deutsche Bevölkerung durchgesetzt werden. Das zeigen die Hetze und Ermordung von MigrantInnen und Flüchtlingen und Orte wie Rostock, Hoyerswerda und Mannheim.
Mit der Gründung der BRD wurde der völkische Staatsgedanke in die Verfassung übernommen und Grundlage des Staatsbürgerrechts.. Die Bundesrepublik - als Frontstaat zum Sozialismus aufgebaut - hat seit ihrem Bestehen Zuwanderung für den Arbeitsmarkt benötigt. Direkt nach Ende des Krieges gab es die Einwanderung von sog. Vertriebenen nach Westdeutschland. Später kam die Übersiedlung aus der DDR hinzu. Nach dem Mauerbau 1961 versiegte diese "Quelle". Bereits im Jahr 1955 wurden die ersten Anwerbeverträge mit süd- und südosteuropäischen Staaten unterzeichnet. Der Begriff "Gastarbeiter" beschreibt sehr deutlich die Reduzierung dieser Menschen auf ihre Arbeitskraft. Daß die BRD zu ihrer Lebensperspektive wurde, war dabei nicht erwünscht. 1973 wurden die Anwerbeverträge gekündigt.
Ab jetzt gab es nur noch die Möglichkeit, über Familiennachzug oder mit Asylantrag in die BRD einzuwandern. Als dann ab Mitte der 70er Jahre immer mehr Menschen aus der Türkei und der sog. "3. Welt" hierher flüchteten, wurden die ersten gesetzlichen Verschärfungen durchgesetzt. Seit Anfang der achtziger Jahre wurde Einwanderung von den politischen Parteien und Medien mit offener Hetze begleitet.
1980, noch bevor es ein eigenständiges Asylverfahrensgesetz gab, wurde ein einjähriges Arbeitsverbot erlassen. Mit der Verabschiedung des Asylverfahrensgesetzes 1982 wurden weitere restriktive Maßnahmen für AsylbewerberInnen beschlossen, die bis heute gültig sind: Unterbringung in Sammellagern, Zwangsverteilung und Aufenthaltsbeschränkung auf den Bereich der Ausländerbehörde. Seitdem wurden das Ausländergesetz und das Asylrecht immer weiter verschärft, begleitet jeweils von rassistischen Medienkampagnen. Den Gipfel erreichte diese Hetze in den Pogromen gegen MigrantInnen 1992 und der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Juli 1993.
Abgelehnte AsylbewerberInnen sind in deutschen Abschiebeknästen in der Minderheit. Viele Gefangene sind illegalisierte ArbeiterInnen, die z.B. bei Razzien auf Baustellen oder in Restaurants abgegriffen wurden.

Frauen in Abschiebeknästen

Migrantinnen werden in der BRD rassistisch und sexistisch ausgebeutet. Ihnen bleiben nur die Arbeiten, die ihnen in der patriarchalen Gesellschaft zugewiesen werden. Sie werden als billige Arbeitskräfte in frauenspezifischen Dienstleistungsgewerben genutzt, um den patriarchalen status quo im Interesse deutscher Männer aufrechtzuerhalten. Die Männer treten dabei in unterschiedlicher Form als Ausbeuter und/oder als Nutznießer dieser Situation auf, etwa als Freier, Zuhälter, Restaurantbesitzer oder Arbeitgeber von Reinigungskräften.
In Neuß/NRW gibt es einen extra Frauen- Abschiebeknast. Die meisten dort einsitzenden Frauen werden als illegalisierte Beschäftigte aufgegriffen. Viele Frauen werden von ihren Ausbeutern denunziert, um sie nach Ablauf des Visums oder weil sie unbequem geworden sind, kostenlos loszuwerden. Auch durch Verheiratung zugewanderte Frauen und Lesben sind davon bedroht, solange sie kein eigenständiges Aufenthaltsrecht haben. Nicht wenige Frauen insbesondere aus Osteuropa kommen jedoch nach der Abschiebung wieder und nehmen es in Kauf, mehrere Male eingeknastet zu werden. Insofern dient der Abschiebeknast auch als Instrument der Organisation des Arbeitsmarktes.
Politisch verfolgte Migrantinnen unterliegen doppelter Diskriminierung, da ihre Aktivitäten und Motive sowie die geschlechtsspezifische Verfolgung von Frauen, wie Vergewaltigung, sexistische Folter, Übertretung patriarchaler Normen (lesbische Frauen, Frauen, die sich dem Schleierzwang entziehen) nicht als politische Verfolgung anerkannt werden.

Während sich die Arbeits- und Kapitalmärkte internationalisieren, verstärken sich gleichzeitig in der BRD nationalistische Tendenzen, die sich z.B. in der Entsorgung der deutschen Geschichte, in militärischen Einsätzen im Ausland und auch in der Abschottung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen äußern. Eine der extremsten Ausprägungen stellt hierbei die Schaffung von Abschiebeknästen dar. Nach den Verschärfungen in Form von Zwangsunterbringung und gekürzter Sozialhilfe wird mit ihrer Hilfe eine weitere Hierarchisierung der Gesellschaft nach rassistischen Kriterien vorangetrieben.

Zur Demonstration rufen auf:
Glasmoorgruppe HH, Flüchtlingsrat HH, Solidarische Kirche, Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten e.V, Ghanaburg e.V., Afrikanischer Dachverband DAVOH, Anarchistische Gruppe/ RätekommunistInnen (AGIR), Antifa Eimsbüttel,GAL-Nord, GAL-Wandsbek, Hafengruppe, Rote Hilfe Hamburg, Hamburger Antifaschistische Initiative, Hamburger Frauen- und Lesbenplenum, Soligruppe Hamburg zum 13.6., einige autonome Gruppen, Schwarzmarkt, Bandkollektiv Schutt und Scheiße, PDS von Schleswig-Holstein, Norderstedt und HH, Gegenwind, Soziales Zentrum Norderstedt, Antifa Norderstedt, EA HH, Antifa Fula, Bündnis 90/ Die Grünen Kreisverband Kiel, Redaktionen von Grenzenlos, 17° Celsius, off limits, Schmock und Zeck, Torpedo Konzerte Kaltenkirchen, Antifa Kassiopaia, Wasserkante-Antifa, Wohnprojekt 4d, Hamburger Arbeitskreis Asyl, MitarbeiterInnen der Motte, Alternative Liste HH, Gemeinwesenarbeit St. Pauli-Süd,Antifa Jugendfront HH, Café Exil, Werkstatt 3-Büro, Linke Bunte Liste Kiel, Aktionsgruppe gegen Krieg und Militär im GAB, AG BWK in und bei der PDS, AnwohnerInnen-Ini Ottensen

ViSdP: G.Lasmoor, Amandastr. 58, 20357 Hamburg

Zu den Entgegnungen auf meinen Text zum 13.10 (Tunnel-Spatenstich/ Kohl auf'm Alex) Interim 348/349/350

Zunächstmal - ich war wirklich angenehm überrascht, das eine Reaktion von (linken) Anti-Tunnel-Aktivistinnen erfolgte. Meist hat mensch ja doch den Eindruck, es beschäftigt sich ja eh keine mit den hier veröffentlichten Sachen, und schon gar nicht, wenn es sich um eine relativ harte und polemische Kritik an Aktionen handelt.

Die Polemik in meinem Text war vor allem Ausdruch dafür, daß ich diesen sehr kurzfristig im Anschluß an die Spatenstich-Demo geschrieben habe - sehr frustriert und ohne ihn vorher mit anderen diskutiert zu haben. Da Carolina (I.350) mich sehr persönlich angeschrieben hat, will ich auch darauf direkt eingehen:
Ja - mein formuliertes "wir" steht mehr oder weniger für die Autonomen der 80iger. Allerdings war ich innerhalb dieser Szene immer eher ein Exot - da ich als "öko" hauptsächlich an umweltpolitischen Themen Interesse hatte.
Nein - ich verachte die "ökos" für ihre Aktionsformen nicht, hab selbst auch fast alles von dir (Carolina) angeführte aktiv mitgemacht.

Die Frage ist doch aber - welche politische Bedeutung haben diese Aktionsformen (z.B. Beteiligung an der "Bürgerinnenbeteiligung"), was kann damit erreicht werden - und was nicht? Und mein Vorwurf an die (zu) wenigen, die sich überhaupt mit dem Thema beschäftigen (was mich natürlich einschließt), ist, daß unheimlich viel Zeit und Energie investiert wird, um
a) öffentlichkeitsarbeit zu machen (im Sinne von: die Bürgerinnen von den eigenen Konzepten überzeugen) und
b) die Verwaltung von der Richtigkeit der eigenen Argumente zu überzeugen bzw. um Fehler im Verwaltungshandeln nachzuweisen, was dann in der Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens gipfelt.
Meiner Meinung nach werden bei einem derartigen Vorgehen die wichtigsten Akteure der "Gegenseite" ziemlich in Ruhe gelassen: Senat (was nicht die Verwaltung ist), Bundesregierung, Bahn AG und Bauindustrie können so in aller Ruhe ihre Planung durchziehen.
Natürlich ist es wichtig "unsere" Gegenkonzepte in der öffentlichkeit zu verbreiten und möglichst viele davon zu überzeugen. Nur: politische Einflußmöglichkeiten erwachsen daraus nicht automatisch. Notwendig und wichtig ist öffentlichkeitsarbeit - aber uns wurde doch oft genug gezeigt, daß selbst eine erdrückende Mehrheit für bestimmte Sachpositionen nicht zu einer anderen Politik führen muß (z.B. Nato-Nachrüstung/ Volkszählung/ AKWs).
Und der zweite beschrittene Weg, Bürgerinnenbeteiligung im Rahmen der Planfeststellung: wer sich auch nur ein bißchen auskennt mit Planungsrecht weiß, daß diese die Funktion hat, "Die Verwaltung über die Wünsche der Bürgerinnen zu informieren", mitnichten aber die Funktion, irgendwelche Projekte komplett einzustellen, weil die Bürgerinnen so überzeugend waren. Ergebnis auch einer Klage kann im besten Fall nur sein, etwas Zeitverzögerung und ein bißchen Grüntünche (5 Bäume mehr als Ersatzpflanzung). Und der Faktor Zeitverzögerung ist auf Grund der veränderten Rechtslage (Genehmigung nach Beschleunigungsgesetz, d.h. nur eine Klageinstanz und keine aufschiebende Wirkung der Klage) sehr unwahrscheinlich geworden.
So, ich höre jetzt schon wieder den Vorwurf, ich würde die "ökos" fertigmachen. Deshalb nur kurz (es gibt da meiner Meinung nach nicht viel zu zu sagen) zum Ausgleich der Blick nach links. Ausnahmen bestätigen die Regel (und die Anarchistinnen vom A-Laden sind da vielleicht eine Ausnahme - würde mich als Moabiter Lokalpatriot freuen). Symptomatisch für die Szene waren für mich die Äußerungen zweier Genossinnen in den letzten Tagen: der eine setzte immer noch darauf, daß der Senat viel zu blöde ist, so ein gigantisches Projekt wirklich durchzuziehen, und daß wegen Geldmangel das Projekt bestimmt noch stirbt. Die andere Genossin freute sich darüber, daß Tiergarten eine grüne Bezirksbügermeisterin bekommt (die Genossin selbst hat bestimmt nicht grün gewählt), und diese dann den Tunnel verhindert wird - ist natürlich Quatsch, der Bezirk hat überhaupt keine Einflußmöglichkeiten mehr, war auch schon bisher dagegen und außerdem liegen ja alle Baugenehmigungen vor.



So, und was schlage ich nun vor, nachdem ich nun wieder alle Positionen niedergemacht habe? Erstmal denke ich, ist es wichtig davon auszugehen, daß es nur noch politische Möglichkeiten gibt, um bei dem Thema Tiergartentunnel etwas zu erreichen. Also klar auszusprechen, daß die planungsrechtliche und juristische Schiene ausgereizt ist. Und wer den Tunnel trotzdem nicht hinnehmen mag, muß sich überlegen, wie sie es schafft, den Akteuren, die von diesen Tunneln profitieren (Bundesregierung, Senat, Bahn, Bau-Mafia), die Freude am Tunnelbau zu vermiesen. Die Bundesregierung ist hierbei wahrscheinlich noch am uninteressiertesten. Sie will nur den Durchgangsverkehr aus "ihrem" Regierungsviertel heraushalten, eigenes Interesse an den Tunneln sehe ich sonst eher nicht, da jede Milliarde für das rote Berlin-Brandenburg eher ungern rüber geschoben wird. Die Bahn hat sich sehr festgebissen in die Tunnelplanung, sie will ihr traditionelles Bahnkonzept (mit monströsen Hauptbahnhof und gleichzeitig Dienstleistungszentrum Lehrter Straße) durchsetzen. Senat und Bau-Mafia sind vor allem daran interessiert, möglichst viele Beton-Milliarden zu verbuddeln. Verkehrspolitik ist da eher zweitrangig (außer der Förderung des Autoverkehrs aus Tradition und enger Verbundenheit zur Auto-Lobby). Möglichst viel Geld in möglichst wenige Projekte stecken - so lassen sich Profite maximieren.

Notwendig wäre eine offene Debatte darüber, was für Mittel und Wege es hierfür gibt. Unser Erfahrungsschatz aus vergangenen Tagen ist groß, und auch wenn die Situation nicht vergleichbar ist: Ich denke, aus den (immer noch aktuellen!) Aktionen im Wendland, aber auch aus der Anti-Olympia-Kampagne (hier wurden von seiten des AOK sehr deutlich und frühzeitig die Mittel und Wege zur Verhinderung von Olympia formuliert - "Konzept Nestbeschmutzung") ließe sich eine Menge lernen - nicht zuletzt über die Möglichkeit des gemeinsamen Agierens von Ökos und radikalen Linken (gemeinsames Agieren meint nicht nur gemeinsame Aktionen, sondern vor allem das Respektieren unterschiedlicher Aktionsformen).

Vielleicht kann ja das Mittwochs-Treff im A-Laden zum Einstieg in diese Debatte genutzt werden. Mir liegt ein Aufruf vor für Mittwoch, den 8.11.95, 17.00 Uhr im A-Laden, Rathenower Straße 22, Moabit. Ich gehe mal von aus, das dieser Termin zur Zeit jeden Mittwoch stattfindet - Interessierte müßten dies aber vorher bei den untenstehenden Telefon-Nummern abchecken.

nochmal
Klara Franke (ich hoffe, sie hätte mich verstanden...)

Infotelefon 395 94 80
Anti-Tunnel-GmbH (Peter)

Hotline 705 52 73

Aktuelle Auskünfte zum drohenden Baubeginn, 615 005 89
insbesondere die ersten Baumfällungen:

Shell wird sich nicht für Saro-Wiwa einsetzen

DEN HAAG/DARMSTADT (dpa). Der niederländisch-britische Mineralölkonzern Royal Dutch/Shell wird sich nicht für den zum Tode verurteilten nigerianischen Bürgerrechtler und Umweltschützer Ken Saro-Wiwa einsetzen. „Das ist nicht unsere Sache", sagte Konzernchef Cor Herkströter in einem am Sonnabend veröffentlichten Gespräch mit der in Amsterdam erscheinenden Tageszeitung „De Volkskrant".

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) hatte die sofortige Freilassung Saro-Wiwas und seiner ebenfalls zum Tode verurteilten acht Mitstreiter verlangt und den Shell-Konzern in dieser Woche aufgefordert, seinen Einfluß bei der nigerianischen Regierung geltend zu machen, um dem Schriftsteller zu helfen. Saro-Wiwa, der 1974 den alternativen Nobelpreis erhielt und 1996 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden war, hat gegen die Zer rung der Umwelt im Nigerdelta und der bensräume des Ogoni-Stammes durch Ölgewinnung internationaler Konzerne testiert. Die Umweltschutzorganisa Greenpeace gab Shell eine Mitschuld an Todesurteilen.

Saro-Wiwa und seinen Mitarbeitern v die Ermordung von vier Ogoni-Führern Last gelegt worden. Menschenrechtsorg sationen werfen der nigerianischen Re rung vor, Saro Wiwa zu Unrecht beschul zu haben.

„Mit Empörung" wandte sich am So abend auch die deutsche Schriftstellerve nigung PEN gegen den Spruch eines Son gerichts in der nigerianischen Hafenst Port-Harcourt. PEN-Vertreter wollen Donnerstag dem nigerianischen Botscha in Bonn ein Protestschreiben überreicher

Stifter des Alternativen Nobelpreises für Shell-Boykott

STOCKHOLM (dpa). Einen erneuten Verbraucherboykott gegen den Shell-Konzern wegen des Todesurteils gegen den nigerianischen Schriftsteller Ken Saro-Wiwa hat der deutsch-schwedische Stifter des Alternativen Nobelpreises, Jakob von Uexkull, am Donnerstag gefordert. Uexkull, dessen Stiftung den Preis im vergangenen Jahr an Saro-Wiwa vergeben hatte, sagte in Stockholm, der Ölproduzent Shell sei als Haupteinnahmequelle des nigerianischen Regimes mitverantwortlich für das „politisch motivierte Todesurteil gegen einen Unschuldigen". Uexkull sprach weiter von einer „offensichtlichen Shell-Kumpanei mit Nigerias Diktator Sani Abacha und seiner Clique". Trotz der Anwesenheit eines eigenen juristischen Beobachters bei dem Verfahren gegen Saro-Wiwa habe Shell zu keinem Zeitpunkt eine Kritik an den ganz offensichtlichen Rechtsbeugungen durch das nigerianische Militärtribunal geübt.

Nationalismus ist der Feind der Völkerfreundschaft! Kampf dem faschistischen Grauen Wölfen!

Nach den Siegen der türkischen Nationalmannschaft gegen Schweden, Schweiz und Ungarn in den Qualifikationspielen zur Europameisterschaft gingen Zehntausende in der Türkei auf die Straße. Am aggresivsten trat die faschistische MHP auf. Der Gebrauch ihrer Schußwaffen kostete einigen Menschen sogar das Leben.
Die Siegesfeiern waren geprägt von nationaler Hysterie. Besonders bei Spielen gegen europäische Mannschaften soll die Stärke des Türken den Europäern gezeigt werden. Dies ist Ausdruck eines tief sitzenden Minderwertigkeitskomplexes, der seine aktuellen Wurzeln in der immer wieder beklagten "Bevormundung" durch Nato und EU hat. Zollunion und EU-Mitgliedschaft sind ein bislang unerfüllter Wunschtraum geblieben.
Auch in den deutschen Großstädten treten die MHP-Faschisten anläßlichen solcher Siegesfeiern immer häufiger und offener auf.
In Berlin wurden nach den letzten türkischen Fußballsiegen Autokonvois organisiert, in denen neben überwiegend türkischen Staatsfahnen auch Symbole der faschistischen MHP auftauchen. Zu sehen waren Parteifahnen der MHP - drei Halbmonde auf rotem Hintergrund - ‚Fahnen mit dem MHP-Symbol des Grauen Wolfes und auch das Wolfs-Handzeichen.
Die Gründe für die Beteiligung vieler Jugendlicher an diesen Autokonvois in Berlin sind unterschiedlich. Reaktionen auf die Erfahrungen mit dem alltäglichen Rassismus in Deutshland werden in türkisch-nationalistischen Siegestaumel umgewandelt. Dazu kommt eine verstärkte nationalistische Propaganda des türkischen Staates über ihre Konsulaten und Medien, wie Fernsehen, Presse bis hin zur Musik.
Die MHP benutzt dieses nationalistische Klima, um die Jugendlichen für ihre Ideologie zu gewinnen. In ihrer Propaganda spielen Begriffe wie Heimat- und Volksliebe eine wesentliche Rolle.
Zunehmend versuchen die Grauen Wölfe die spontanen Autokonvois zu dominieren und für ihre Zwecke zu benutzen. Bewußt werden die Konvois an vermutete linke Treffpunkte geführt.
Provokation und Konfrontation ist ihre Absicht.
Sich nach einem Spiel zu freuen ist normal. Aber diese Freude in nationalistischer Form und Überheblichkeit auszudrücken verstößt gegen das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen auf dieser Welt.
Wir werden diese nationalistischen und chauvinistischen Feierlichkeiten nicht weiterhin tatenlos hinnehmen. Wir werden nicht zulassen, daß die faschistischen Grauen Wölfe für ihre blutige Politik weiter werben können.
Wir fordern die Jugendlichen auf, nicht an Konvois mitzumachen, die dazu benutzt werden, den Rassismus und Nationalismus in der Gesellschaft zu verstärken. Jegliche Beteiligung ist auch eine Unterstützung der Aktionen der Grauen Wölfe.

Wer sind die Grauen Wölfe?

Der Graue Wolf ist das Zeichen der MHP-Jugendorganisation. Diese Jugendorganisation stellt die militante Basis der faschistischen Bewegung unter der Leitung des Führers Alparslan Türkes dar. Türkes feierte vor einigen Monaten sein dreißigstes Jahr in der Politik. Führende türkische PolitikerInnen nahmen an diesen Feierlichkeiten teil.
Das Ideal der Grauen Wölfe ist die Einheit der Türken unter der türkische Vorherrschaft von der Adria bis China (Turan-Ideologie). In den 70er Jahren war sie die staatlich unterstützte Kraft, die die außerparlamentarische Oppostion auch militärisch angriff. Sie ist verantwortlich für die Ermordung von 5000 Menschen (JournalistInnen, SchriftstellerInnen, GewerkschaftlerInnen, LehrerInnen, ArbeiterInnen und RevolutionärInnen) vor dem Militärputsch des 12 September 1980.
Heute wird Türkes zum Garant der "nationalen Einheit" erhoben, da der Staat in der Kurden-Frage ausweglos ist und er die aggressivste Politik gegen die kurdische Freiheitsbewegung vertritt.
Mit dem Spruch "Der Türke hat keinen Freund außer dem Türken" betreiben die Grauen Wölfe eine rassistisch faschistische Hetze gegen Kurden, Armenier, Griechen und Serben.

Graue Wölfe sind aktiv

- in den Spezialeinheiten, die für die Ermordung und Vertreibung der Kurden verantwortlich sind
- gegen die StudentInnen an den Universitäten, die sich für fortschrittliche Strukturen einsetzen
- in bestimmten Bereichen des Staatsapparates und haben entscheidende Posten besetzt
- im Polizeiapparat verankert; viele Polizeieinheiten sind MHP-dominiert, ein legaler militärischer Arm, der offiziell seine politschen Gegner liquidiert wie z.B. in Istanbuller Gazi-Aufstand, wo 30 Oppositionelle von MHP-Bullen ermordet wurden.
- im Drogen- und Waffenhandel und bilden die Geld- und Grundstücksmafia.

Berliner AntifaschistInnen

Grenzgängerinnen. Migrantinnen in der Plötze.

Wer weiß, wo Frau F. inzwischen lebt? Wir lernten sie 1993 im Frauenknast Plötzensee kennen. Das Landgericht Berlin hatte Frau F. wegen Diebstahl und Raub zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten verurteilt. Mit unseren Besuchen im Knast entwickelte sich mit der Zeit eine Beziehung, die von unterschiedlichen und gegensätzlichen Stimmungen geprägt war. Wir erfuhren viel über Knastalltag, Schikanen und das Zusammenleben der inhaftierten Frauen. Umgekehrt konnte uns Frau K. bei späteren »Freigängen« in unserem Alltag erleben. Wir lernten eine Frau kennen, jenseits von Knast und Bürokratie, die uns, leider erfolglos, in orientalischem Tanz unterrichtete, mit uns Feste feierte, die aber auch oft verzweifelt und niedergeschlagen war über ihre aussichtslose Situation, über die Undurchsichtigkeit der Bürokratie, über ihre verschwundenen Kinder, über das beschissene Verhalten ihres Mannes, über ihr körperliches und psychisches Befinden. Ein zentrales Thema blieb ihr Wunsch, endlich den Knast zu verlassen und nach Serbien zurückzukehren.

Im Frauenknast Berlin-Plötzensee sitzen zur Zeit ca. 180 Frauen (Frauen machen ca. 4% der Gefangenen in deutschen Knästen aus). Der Anteil von Frauen ohne deutschen Paß schwankt in den verschiedenen Häusern zwischen 30% und 50%, in der Untersuchungshaft ist er wegen überdurchschnittlich langer U-Haftdauer besonders hoch.

Viele Lateinamerikanerinnen und Osteuropäerinnen sind darunter sowie Frauen aus der sogenannten zweiten Generation von MigrantInnen.

Wir, das LAZ-Frauenplenum besuchen seit 1991 Migrantinnen in der Plötze, aufgrund unserer Sprachkenntnisse v.a. spanischsprechende Frauen, der Kontakt zu Frauen aus Osteuropa ist kaum vorhanden. Wir wollen den direkten Kontakt zu den Frauen, wollen sie persönlich und politisch unterstützen und Öffentlichkeit zu diesem Thema herstellen.

Es gibt für gefangengenommene Migrantinnen keine Sonderhaftbedingungen. Doch das häufige Fehlen sozialer Kontakte sowie einer politischen Lobby macht im Knastalltag vieles schwerer. Wer übersetzt das Juristendeutsch, wie kommt frau zu Hafterleichterungen, welche Möglichkeiten gibt es, die meist auf die Haftstrafe folgende Abschiebung in das Herkunftsland zu verhindern oder zu beschleunigen?

Neben diesen Fragestellungen, die meist aus dem Knastalltag rühren, beschäftigen wir uns in der Broschüre mit Themen, die uns für den hohen Anteil von Migrantinnen im Knast ursächlich erscheinen.

Das ist zum einen die Feminisierung von Migration und ihre Illegalisierung und Kriminalisierung. In Zeiten erschwerter Einwanderungsmöglichkeiten finden gerade Frauen Möglichkeiten und Wege nicht offizieller Einreise. Viele dieser Wege allerdings führen in den Knast.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Politik mit Drogen, auf die wir durch unsere Besuche in der Plötze immer wieder gestoßen wurden. Im Kapitel zu Drogen geht es um die Zusammenhänge zwischen internationaler Drogenpolitik und Rassismus, die aktuelle Legalisierungsdebatte, den Mythos Organisierte Kriminalität und die Suchtmittelabhängigkeit von Frauen.

Ausführlich beschreiben wir auch Haftbedingungen in der Plötze, und die Berliner Abschiebepraxis.

Am Schluß veröffentlichen wir einen Brief einer ehemaligen Gefangenen, die nach ihrer Abschiebung erneut migrierte, und nun in den USA lebt.

Wir wollen mit der Broschüre die Situation verurteiler Migrantinnen transparenter machen und zur Diskussion politischer Konsequenzen anregen. Wir diskutieren vor allem Möglichkeiten, Migration von Frauen zu unterstützen, so zum Bespiel durch die Forderung nach Legalisierung der Illegalisierten. Wir wollen die Migrationsbedingungen und Wege von Frauen sichtbar machen und auch ins linke Bewußtsein bringen. Im Zusammenhang mit Drogenpolitik fordern wir, die Abschaffung des BTMG. Hintergründe dazu findet ihr in der Broschüre.

Die Broschüre erscheint im Herbst 95, kostet 10.- und ist im guten Buchhandel erhältlich.
Unsere Kontaktadresse ist: LAZ-Frauen, Lateinamerikazentrum, Crellestr. 22, 10827 Berlin

DONNERSTAG, 2. NOVEMBER 1995

Sinti und Roma leben nun ohne Strom und Wasser

Stellplatz Dreilinden geräumt / Weiterer Verbleib unklar

BERLIN (kusch). Für die auf dem Gelände des früheren LKW-Stauraums Dreilinden verbliebenen Sinti und Roma haben sich die Lebensbedingungen seit gestern früh erheblich verschlechtert. Mitarbeiter verschiedener Spezialfirmen begannen kurz nach Sonnenaufgang fristgemäß damit, Dusch- und Toilettencontainer abzutransportieren sowie Strom- und Wasserleitungen zu kappen – die Ausnahmeregelungen für die Besiedlung dieses aus wasserschutzrechtlichen Gründen sensiblen Ortes galten nur bis zum 31. Oktober, ein Einfrieren der oberirdisch verlaufenen Installationen sollte verhindert werden.

Zwar sind bereits die meisten Familien, die die Sommermonate auf diesem provisorischen Stellplatz während der traditionellen Duchreisezeit zwischen März und Oktober verbracht hatten, mit ihren Gespannen in ihre Heimatländer zurückgefahren, und einige haben sich zu einem Parkplatz am Teufelsberg aufgemacht. Einige indes harren nun bis auf weiteres und mit Duldung der Behörden ohne jeden Komfort aus: Wie der Staatssekretär für Jugend und Familie, Klaus Löhe, dem Tagesspiegel auf Anfrage sagte, handelt es sich um eine aus Irland stammende Familie, die auf die Ankunft einer Tochter aus London warte sowie um zahlreiche Angehörige eines Mannes, der nach einem Schlaganfall im Krankenhaus behandelt werde. Außerdem befänden sich auf dem Gelände noch rund zehn Obdachlose, die vom Bezirksamt Zehlendorf betreut werden. Einige von ihnen waren im Frühjahr vom Standort an der Wupperstraße, wo nun gebaut werden soll, nach Dreilinden gekommen.

Vor allem deren Verbleib ist noch völlig unklar. Nach den Worten des Zehlendorfer Stadtinspektores Melcher sind diesen Menschen rechtzeitig Plätze in festen Unterkünften angeboten worden, bisher habe aber niemand darauf reagiert. Der Vorsitzende des Landesverbandes der Sinti und Roma, Otto Rosenberg, indes kritisierte gestern das Verhalten der Behörden. Diese hätten seit Wochen gewußt, daß für die Obdachlosen Ausweichquartiere gesucht werden müssen und sich viel zu spät gerührt. „Im Moment ist es eine Katastrophe", sagte Rosenberg im strömenden Regen beim Blick auf die Abräumarbeiten, „die handeln immer erst kurz vor Toreschluß, und einer schiebt es dann auf den anderen."

Rosenberg plädierte erneut für einen festen Standplatz, auf dem Sinti und Roma künftig dauerhaft bleiben und ihre Kultur pflegen könnten. Streit und Probleme dieser Art ließen sich so vermeiden. Staatssekretär Löhe sagte, gegenwärtig würden in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz verschiedene Standorte geprüft, unter anderem auch auf dem ehemaligen Schießplatz. Der Caritas-Verband habe dort bereits sein Interesse als Betreiber bekundet.

"Antifa heißt Angriff!"

DEMONSTRATION SAMSTAG, 25.11.1995 14.00 Uhr US-RATHAUS FRIEDRICHSHAIN



Infoveranstaltungen

anläßlich der Demonstration zum 3. Todestag des von Nazis ermordeten Antifaschisten Silvio Meier

Demo-Konzept u. -Inhalt, Film, Gespräche und Dinge, die das Leben leichter machen!



ANTIFASCHISTISCHE AKTION

12. 11.1995
18.00 Uhr
Schreiner-Cafe
Schreinerstr.47

19.11.1995
16.00 Uhr
Haus an der B1
Alt-Kaulsdorf 43

AUTONOME ANTIFA Lichtenberg

Am Wochenende 17./18./19. Nov soll in Berlin ein bundesweites Pädophilentreffen stattfinden. Es wird die Creme de la Creme der Pädophilenszene erwartet. Der genaue Ort und die genaue Zeit ist noch nicht bekannt.

Dies ist ein Treffen von Leuten, die freien sexuellen Zugriff für Erwachsene auf Kinder propagieren und für sich fordern. Wir sind nicht bereit tatenlos zuzuschauen, wie sich Täter und Befürworter von sexuellem Mißbrauch organisieren. Dies müßte eigentlich auch für alle unabhängig von ihrem Standpunkt in der aktuellen Diskussion klar sein.

Wir laden von daher alle Interessierten am Montag, den 13.11.95 um 20.00 Uhr zu einem Vorbereitungstreffen für Gegenmaßnahmen im Falckeladen (Falckensteinstr.46 / U-Bhf Schlesisches Tor) ein. Wir hoffen bis dahin genauere Informationen zu haben und wollen dann versuchen, ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen.

Die Reste vom Männercafe

INFORMATIONS & DISKUSSIONS-

VERANSTALTUNG

ZUM PROZEß GEGEN BIRGIT HOGEFELD

Seit 1 Jahr läuft vor dem OLG Frankfurt a.M. der Prozeß gegen Birgit Hogefeld, Gefangene aus der RAF. Auf der Veranstaltung berichtet Rechtsanwältin Ursula Seifert über:

- den Prozeßverlauf
- die Anklagepunkte
- die Strategie der BAW und des Senates

LEBENSLÄNGLICH?

Das Prozeßbüro/Berlin bereitet einen Beitrag zur Diskussion der Prozeßerklärungen Birgit Hogefeld's vor:

- revolutionäre Moral oder Moralismus
- Geschichte der Guerilla

ENDE DER GESCHICHTE?

DIENSTAG, 14.11.95
19.30 UHR
ROTER SALON
VOLKSBÜHNE AM ROSA-LUXEMBURG-PLATZ

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION AM 18.11.95 IN KÖLN:

FREIHEIT FÜR KURDISTAN

WEG MIT DEM PKK-VERBOT



UNTERSTÜTZT DEN KURDISCHEN BEFREIUNGSKAMPF

WEG MIT DEM VERBOT DER PKK
UND ALLER ANDEREN KURDISCHEN
ORGANISATIONEN IN DER BRD

FREILASSUNG ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN

ES GIBT KEIN RUHIGES HINTERLAND

DEMO 18. NOV. 95 KÖLN

Vorbereitungstreffen für Berlin
für Lesben/Frauen Mo, 13.11. 20 Uhr
in der Yorkstr. 59, HH, 2. Stk. re.

---

politische filme im
café geschwulst

7. November 1995, 16 Uhr:
Happy Birthday, Haftbefehl!
Das 150. Ermittlungsverfahren gegen die Zeitschrift radikal (30 Min.)

21. November 1995, 16 Uhr:
Die lange Hoffnung
Film über den Anarchismus zur Zeit der spanischen Revolution (90 Min.)

* café geschwulst * ihnestr. 22 * 14195 berlin *
* u-bhf thielplatz *

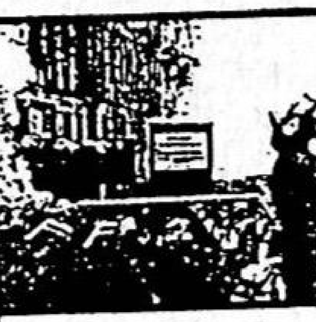


FrauenLesbenAbend im Infoladen OMEGA

Eröffnung am 16.11.95 ab 19 Uhr
mit leckerem Essen, Film, Büchern
und was Ihr gefällt...
Infoladen Omega, Sparrstr. 21
13353 Berlin Tel. 4537023
U-Bhf. Leopoldplatz / Wedding

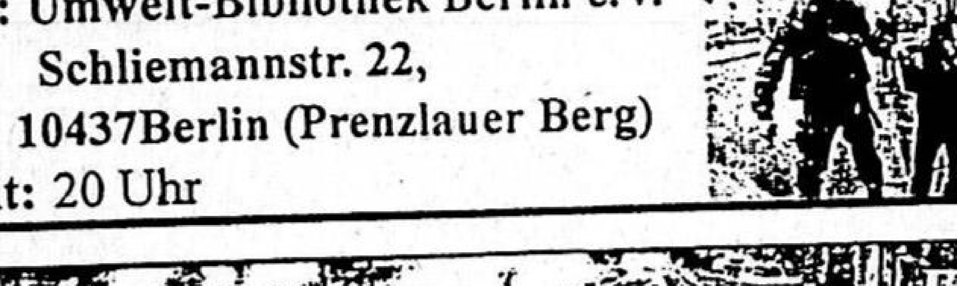


Am 14.November 1995 jährt sich zum fünften mal die Räumung der Mainzer Straße.



Auf diesen Anlaß möchte die Umwelt-Bibliothek Berlin mit einer Veranstaltung eingehen.

Neben dem Film "Sag niemals nie" über das Leben der besetzten Mainzer Straße und die Räumung, wird es eine Diskussionsrunde mit ehemaligen Bewohner und einem ehemaligen Sprecher des Runden Tisch Instandbesetzung Prenzlauer Berg über die damaligen Ereignisse, ihre Folgen und die Lehren für die heutige Zeit, geben.



Ort: Umwelt-Bibliothek Berlin e.V.
Schliemannstr. 22,
10437Berlin (Prenzlauer Berg)
Zeit: 20 Uhr



13. 11.: "Sag niemals nie" Veranstaltung zum fünften Jahrestag de Räumung der besetzten Häuser in der Ostberliner Mainzer Straße Video und Diskussion mit ehemaligen Bewohner und einem damalige Sprecher des Runden Tisch Instandbesetzung Prenzlauer Berg
16.11.: Joint Venture - Gemälde + Lesung
Mitch Cohen - Finissage
Ines Eck - Vernissage
sowie Prosa und Lyrik der beiden
20.11.: 5.Jahre Hausbesetzerbewegung in Ostberlin (Teil 1), Video der Hausbesetzerwochenschau AK-Kraak aus dieser Zeit und Diskussion
23.11.: Wie manipulierbar ist der Mensch? Gehirnwäsche und Gedankenreform am Beispiel von Sekten, Referent: Roland Walter
26.11: Westsahara-Abend, Der Nordwest-Afrika-Konflikt aus de Sicht der Frente Polisario (Video und Vortrag), Referent: Salam Zeyon
27.11.: 5.Jahre Hausbesetzerbewegung in Ostberlin (Teil 2), Video der Hausbesetzerwochenschau AK-Kraak aus dieser Zeit und Diskussion

Öffnungszeiten:
Veranstaltungs- und Galeriecafe: So., Mo. und Di. ab 20 Uhr
Bibliothek: Di. ab 20 Uhr, Mi. und Do. 13-16 Uhr
Volksküche: Mi. ab 20 Uhr, Sektenberatung: Do. ab 20.00 Uhr
Frauencafe: Fr. ab 20 Uhr
Alle Veranstaltungen beginnen um 20 Uhr

Die Shoah in Lettland

Ausstellung

im Kulturverein Centrum
Fehrbelliner Straße 31 · Berlin-Mitte
10.–30. November 1995

Öffnungszeiten:
Di–Fr 16–19 Uhr
Sa + So 11–18 Uhr

Eröffnung:
10. November 1995, 19.00 Uhr
Zeitzeugengespräch mit Bernhard Press, Überlebender des Rigaer Ghettos,
18. November 1995, 19.00 Uhr
Kulturverein Centrum
Fehrbelliner Straße 31 · Berlin-Mitte

Ein Gemeinschaftsprojekt von:
Verein für Kontakte zu den Ländern der ehem. Sowjetunion e.V.
Antifaschistische Aktion Berlin, organisiert in der

KONTAKTE! KOHTAKTbI!



Die Ausstellung "deutschsprachige Schriftstellerinnen im Exil", vom Frauenbuchladen Nürnberg, ist das Ergebnis intensiver Beschäftigung mit Schriftstellerinnen, die während der NS-Zeit ins Exil gehen mußten. Auch Autorinnen, die mit einem Veröffentlichungsverbot belegt waren, oder in deutschen Vernichtungslagern umgekommen sind, finden hier Ewähnung. Die Ausstellung zeigt Materialien, die teilweise private Leihgaben sind, teils mit der freundlichen Unterstützung der Exilarchive Frankfurt und Marbach gesammelt wurden. Bilder, Dokumente, Briefe, Verlagsinformationen, Zeitungsberichte, Rezensionen und Bücher geben Auskunft über Leben und Werk deutschsprachiger Exilschriftstellerinnen.

Ausstellung vom 04.11. bis 03.12.95
geöffnet: Di. - Sa. 17.00 bis 22.00 Uhr, So. 15.00 - 20.00 Uhr

Kassel, 1.11.95

Demovorbereitung 2.12
c/ o AStA der Gh Kassel
Nora-Platiel-Str. 2
34127 Kassel

Wichtig!!!

Betr.: Bundesweite Demo gegen Abschiebehaft! Freiheit für die „Elwe"-Meuterer! in Kassel

Hallo Leute!

In unserem letzten Rundschreiben ist uns eine peinlicher Fehler unterlaufen, die Telefonnummer für das Infotelefon war nicht ganz richtig. Nun aber die ultimativ richtige Nummer des Infotelefons für

Tel.: 0561/804-2886
Fax: 0561/84247 (das wäre uns am liebsten)
Das Telefon, das auch Infotelefon für die ganze Demovorbereitung ist, ist jeden Freitag von 18.00 bis 20.00 Uhr, ab 27.11. zur gleichen Zeit täglich besetzt.

Spendenkonto: H.J. Laube, Stichwort: Kassel 2.12., Stadtsparkasse Kassel, BLZ 520 501 51, Kto. 392 0691.

Wenn Ihr sonst noch Fragen habt oder etwas tolles auf der Demo organisieren wollt, meldet Euch bei unserem Infotelefon.

So weit
eure Kasseler Vorbereitungsgruppe

The Exiles

16mmFilm, USA 1989, 116 min. Originalfassung
Dokumentarfilm mit Hans Bethe, Bruno Bettelheim, Felicia Deyrup, Ernest Dichter, Claire Ehrmann, Henry Ehrmann, Alfred Eisenstaedt, Mary Jayne Gold, Hanna Gray, Dolly Haas, Albert O. Hirschmann, H. Stuart Hughes, Peter Johnson, Hans Jonas, Konrad Kellen, Fritz Land, Erich Leinsdorf, Ralf Lerner, Adolf Lowe, Leo Löwenthal, Golo Mann, Franco Modigliani, Robert Motherwell, Nuria Nono, James Redfield, Wolfgang Roth, Hans Sahl, Mario Salvadori, Peter Selz, Hans Speier, Rod Steiger, Edward Teller, Sabine Thomson, Billy Wilder, Helen Wolff, Christiane Zimmer.
Der Film erzählt von den vielen europäischen Künstlern, Wissenschaftlern und Intellektuellen, die aus Nazi-Deutschland und anderen Ländern vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten flohen und in Amerika eine Heimat fanden.
Die Exilanten geben in Interviews Auskunft über ihr Leben und ihre Arbeit im Exil. Die persönlichen Auskünfte werden durch weitgehend unbekanntes Archivmaterial ergänzt, darunter auch Dokumente über die stille Hilfe jener Personen und Organisationen, die den Exilanten zur Flucht aus Europa verhalfen, sie vor der Verschleppung in ein deutsches Konzentrationslager retteten.

Mi. 15.11. um 20.00 Uhr

Im Fluchtgepäck die Sprache

Lesung: Claudia Schoppmann
Viele mußten fliehen, nur wenige kamen zurück. Sie verließen nicht nur ihre Freundinnen und Freunde, die oft nie mehr wiedersahen, häufig bedeutete die Flucht auch den Abbruch von vielversprechenden Laufbahnen, denn was sie zurückließen war ihr Handwerkszeug und Kapital zugleich: die deutsche Sprache.
An den Lebensläufen von neun Schriftstellerinnen zeigt Claudia Schoppmann die Vielfalt von exiltypischen Aspekten beispielhaft auf. Darüberhinaus kommen in Kurzgeschichten, Tagebuchaufzeichnungen, Reportagen und Briefen die Schriftstellerinnen selbst, zum Teil in bislang unveröffentlichten Texten zu Wort.
Mit biographischen Portraits sowie Originalbeiträgen von Jenny Aloni, Ruth Landshoff-Yorck, Ilse Losa, Erika Mann, Hilde Rubinstein, Lessie Sachs, Anna Siemsen, Christa Winsloe und Hedda Zinner.
Claudia Schoppmann veröffentlichte "Im Fluchtgepäck die Sprache" 1992 im Orlanda Frauenverlag

Sa. 11.11. um 19.00 Uhr

Heben Sie das gut auf - es ist mein ganzes Leben

Das Album der Charlotte Salomon
Berlin 1917 - Auschwitz 1943
Video, 1987, 60 min., von Hannelore Schäfer
Ein Abend über die jüdische Künstlerin Charlotte Salomon, die 25jährig eine in der Kunstgeschichte einmalige Autobiografie schuf - ein Dokument human des Lebens unter und trotz der faschistischen Gewaltherrschaft. In 1000 Goachen, zugeordnet und verknüpft mit Musik, Filmen, Zitaten aus der Literatur, Dialogen, Kommentaren erinnert sie an ihre fröhliche Kindheit, die immer bedrückender werdende Jugendzeit, antisemitische Anfeindungen, Rückzug, die Flucht nach Südfrankreich, das Lager Gurs. "Leben? - oder Theater" nannte sie ihr Singspiel, ein Tagebuch, das ähnlich dem der 10 Jahre jüngeren Anne Frank Zeugnis und Vermächtnis ist. Charlotte wurde 1943 mit Waisenkindern, die sie betreut hatte, selbst im vierten Monat schwanger, ins KZ Auschwitz deportiert. Der Tag ihrer Ermordung im Oktober des gleichen Jahres ist nicht bekannt.

Sa. 18.11. um 20.00 Uhr

5 Jahre Mainzer Straße!



Demonstration

12. November 1995
13 Uhr
Oranienplatz

Die Häuser denen, die drin wohnen!!